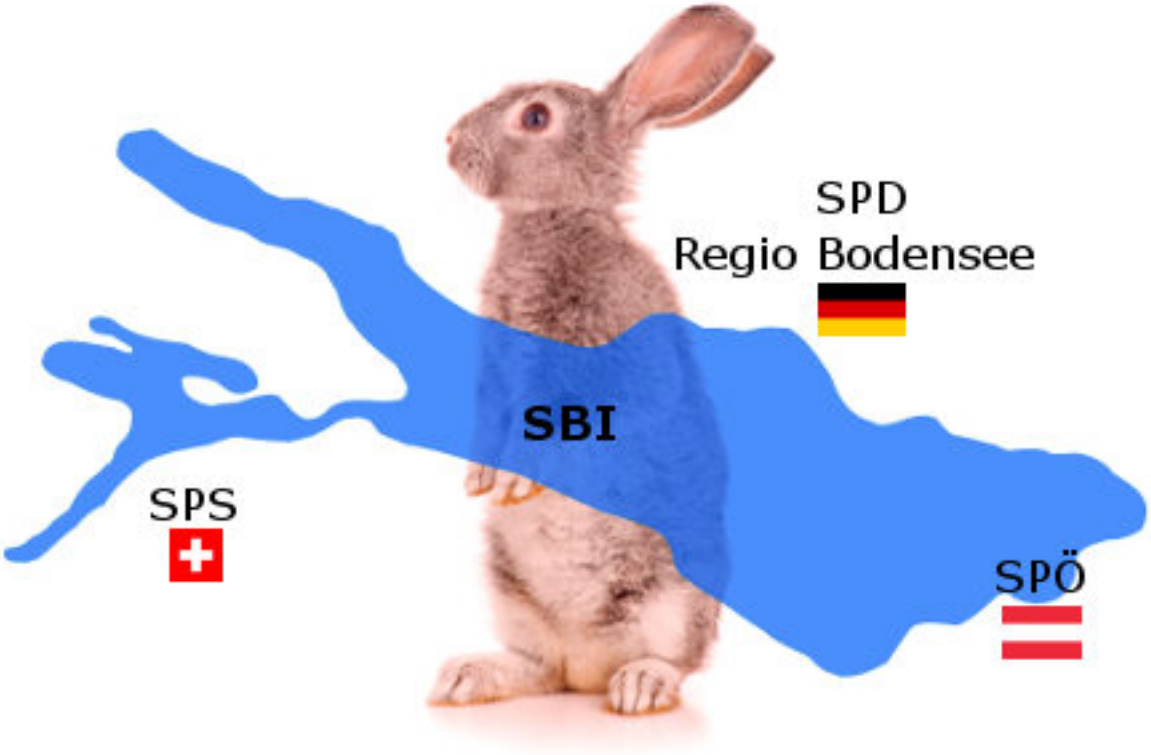
Ausgabe 139 **12.05.2013**

„Der Rote Seehas“

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion



Editorial

Am 11.04.2013 wählte der Kreisverband Bodensee turnusgemäß seinen Kreisvorstand neu. Neuer SPD-Kreisvorsitzenden ist der Stadt- und Kreisrat **Dieter Stauber** aus Friedrichshafen s. auch Bericht unten.
Der neue Kreisvorstand wird mit seiner konstituierenden Sitzung am 15.05.2013 seine Arbeit aufnehmen. Da der Bundestagswahlkampf vor allem auf Kreisverband und Ortsvereine zu kommt, werden viel Zeit und Arbeitsaufwand dafür aufgewandt werden müssen.

Auch beim Roten Seehas hat es Neuerungen gegeben. Wie es schon das neue Logo zeigt, steht er nun unter der Herausgeberschaft der SBI. Damit zeigt sich die Internationalität der Internet-Zeitung, die längst aus der Rolle einer Kreisverbandszeitung herausgeschlüpft ist. Bei der ersten Ausgabe im September 2003 war schon die SBI dabei. Nach zwei Jahren genau, zierte die SBI schon das Logo der Ausgabe 22.

Leider hat s`Rote Füchsle sein Erscheinen eingestellt, Ludwig, du hinterlässt eine grausige Lücke. Ein Trost: Oberschwaben hat schon neun Ausgaben lang den Roten Turm aus Ravensburg, der sich schon gut herausgemausert hat.

Also dann, (Wahl)kämpfen wir bis zum September, kämpft mit, lösen wir Schwarz-Gelb ab.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Sigmar Gabriel wieder auf Tour im Süden	2- 4
- Unwürdiger Koalitionsstreit um Frauenquote	4- 5
- „Wasserversorgung gehört öffentliche Hand	5
- Schienenprojekte am Bodensee - Bundes-Verkehrs-Wege-Plan BVWP 2015	5- 6
- EU: „Entscheidung über Bodenverkehrs-dienstleistungen gefallen“ - "Steuersündern an den Kragen gehen" - "Besser ein 'peinlich später' Kurswechsel als gar keiner"	6- 8
- „Merkel fährt ziellosen Zick-Zack-Kurs“	8- 9
- "Mehr Sicherheit, weniger Boni und Vorfahrt für die Realwirtschaft - strengere Banken-regeln" - „Europa bietet jungen Leuten viel-fältige Chancen“ - Europäische Bürgerini-tiative right2water erfolgreich	8-11
- "Bankkunde muss König sein" - „Endlich ein Recht auf ein Basiskonto für alle“	11-12
- SPD-Bodenseeregion: „Wenn Du willst, dass etwas besser wird, dann mache Dich selbst auf den Weg“	12-13
- SPD-Bodenseekreis: Neuwahl des SPD-Kreis-Vorstandes - Jahreshauptversammlung der SPD Meckenbeuren – Tettnang im Gespräch: SPD will die umlagefinanzierte Rente stärken	13-17
- Termine im Bodenseekreis - SPD-Publikatio-nen in der Region	17
- SBI: - SP Kanton SG: SP tritt gegen den drohenden Staatsabbau an - „Die SP ist die wahre Wirtschaftspartei“ - Alle zahlen für die Vorteile einiger weniger	18-21
- SP Kanton Thurgau: „Privatisierung des Fremdsprachenunterrichts an der Kantons-schule“	21
- SPÖ Vorarlberg: Ein Treffen mit dem Kanzler - 1. Mai-Feier 2013 im Bregenzer Hafen - Private PflegerInnen und öffentlich Bedienstete finanziell gleichstellen	21-25
- Woran unser Spitalswesen krankt	25-26
- Der Schein-Föderalist Markus Wallner	26-27
- SPD Kreis BC und *Martin G*erster:	
- Drei neue Vorstandsposten im OV BC	27
- Weg vom Wachstumswahn - 50 Reden im Plenum - Gerster begrüßt Genehmigungen für weitere Ganztagsschulen - Wählen ab 16 bei Kommunalwahlen in B-W	27-29
- SPD-OV eröffnet Ausstellung	30
- SPD Kreis RV: Politiker der Region Bodensee-Oberschwaben parteiübergreifend gegen Fracking - SPD-Kreisverband Ravens-burg begeht „150 Jahre SPD“	30-31
- SPD-Hochburg Isny feiert 100jähriges Bestehen	31-32
- SPD Ulm und Hilde Mattheis: Weltbürger in Ulm - Wieczorek-Zeul diskutiert Wege zum Frieden in Nahost - Gute Pflege spart Kom-munen Geld! - Mieterhöhungen müssen gesetzlich gedrosselt werden!	32-34
- Menschen vor Ort soll es besser gehen	34
- Hilde Mattheis sagt „Danke“	34-35
- BayernSPD, SPD – KV LI: Ehrung von Leo Wiedemann, SPD Lindenberg im Allgäu	35-36
- AsF: „Schwestern zur Sonne zur Gleichheit“	36-37
- Einladung: 150 Jahre OV Lindau	38
- Einladung Europafest Lindau	39
- Impressum	40

Sigmar Gabriel wieder auf Tour im Süden

Genau ein Vierteljahr nach seiner Stippvisite in den Südwesten (am 8. Februar in Aalen-Wasseralfingen, im Landeshaus in Sigmaringen, der Rote Seehas berichtete, und bei der Südwestpresse in Ulm) führte der anstrengende Terminplan den SPD-Vorsitzenden **Sigmar Gabriel** jetzt erneut in den Süden der Republik. Zunächst war im **Hildegardis-Gymnasium in Kempten** bei der Jahrgangsstufe Q 11 ein munteres Streitgespräch vor den Oberstufen-Schüler/innen mit dem CSU-Lokalpolitiker und Staatssekretär Dr. Gerd Müller zum Thema angesagt: „Brauchen wir Europa?“ Bei weitgehender Einigkeit bei diesem außenpolitischen Dossier waren sich beide Politiker nicht einig in der Frage eines Beitritts der Türkei in die EU und eines eventuellen Ausscheidens Griechenlands aus der Euro-Zone. Gabriel dazu: „In Krisenzeiten wie jetzt können wir ein Mitgliedsland nicht einfach fallen lassen, das wäre auch ein falsches Signal an andere europäische Staaten. Im Falle einer grundsätzlichen Umstrukturierung der Europäischen Union kann auch die Türkei aufgenommen werden.“

Am Nachmittag reiste der SPD-Vorsitzende auf der A 7 nach Ulm, zum griechischen Lokal „Alpha“, wo ihn die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** und der SPD-Oberbürgermeister **Ivo Gönner** willkommen hießen. Im Saal des Lokals begrüßten über 200 SPD´ler den prominenten Gast mit lebhaftem Beifall, darunter auch Clärle und Ludwig Dorner von der SPD Ehingen. Grundsätzlich lädt Hilde zu solchen Terminen auch die SPD-Repräsentanten aus der bayrischen Nachbarstadt Neu-Ulm ein wie den Kreisvorsitzenden **David Knuplesch** und den Neu-Ulmer Bundestagskandidaten und früheren Bürgermeister in Illertissen, **Karl-Heinz Brunner,** der später in facebook von einer „tollen Veranstaltung mit Sigmar in Ulm“ schwärmte. Hilde Mattheis hatte in ihrem Grußwort zu Beginn einen kurzweiligen Spätnachmittag versprochen, bei dem auch noch ein neuer Film über die 150 Jahre Parteigeschichte der SPD vorgestellt werde. Sie erinnerte an **Kurt Schumacher**, einen Amtsvorgänger von Sigmar Gabriel, der von den Nazis im KZ auf dem Oberen Kuhberg in Ulm eingesperrt worden war, und an den Augsburger SPD-Reichstagsabgeordneten **Josef Felder**, der letzte noch bis zum Jahr 2000 lebende Ab-

geordnete im früheren Reichstag, der 1933 wie die übrige SPD-Fraktion gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte. Hilde Mattheis sieht die Tradition der langen Parteigeschichte auch als „Verpflichtung“, nach vorne zu blicken und engagiert um wichtige Weichenstellungen für die Zukunft zu kämpfen, vor allem, dass es in diesem Land wieder gerecht zugeht und die Schieflage diesbezüglich gerade gerückt wird. Davon ist auch Georg Mangold überzeugt, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Ehinger Gemeinderat.

Einen „Impuls“ sollte anschließend Sigmar Gabriel geben, so war sein Job umschrieben. Einen Impuls für ein folgendes **„fish bowl“** – Gespräch mit auserwählten Genoss/innen, die im Sitzkreis mit dem Parteivorsitzenden sprechen sollten, mit einem Mikrophon in der Hand. Gabriel nannte die SPD stolz die älteste demokratische Partei in Europa und aktive Organisation bei **der Überwindung der Diktaturen in Spanien (Franco-Regime), in Portugal und in Griechenland.** Die SPD habe die Schwesterparteien in diesen südeuropäischen Ländern damals mit Druckmaschinen und anderen technischen Gerätschaften unterstützt bei ihrer politischen Arbeit während und nach der Revolution. **Die roten Nelken**, so Gabriel, waren einst um 1890 ein wichtiges Erkennungszeichen für die linken Gesinnungsgenossen, die sich am 1.Mai zum Arbeiter-Feiertag treffen wollten, aber im Falle von 1. Mai-Demonstrationen sonst gleich im Knast gelandet wären.

Die frei gehaltene Ansprache spannte einen eindrucksvollen Bogen durch die folgenden Zeitläufte und Jahrzehnte im 20.Jahrhundert. Eine besondere Würdigung widmete Gabriel dabei natürlich **Otto Wels**, der als SPD-Fraktionsvorsitzender trotz der Einschüchterung durch die SA-Horden am Eingang des Reichstages in seiner Rede mutig dem Ermächtigungsgesetz der Nazis die Zustimmung versagt und somit die Ehre der Sozialdemokratischen Partei verteidigt hatte.

Der heutige SPD-Vorsitzende erzählte von hochbetagten Parteifreunden(in Thüringen), die die Nazi-Diktatur und nachher noch die SED-Herrschaft in der DDR miterleben mussten und die ihr **SPD-Parteibuch in ihrem Garten hinter dem Haus vergraben** hatten zum Schutz vor der Verfolgung durch die Geheimpolizei. Die SPD verteidigt damals wie heute die **Idee der Freiheit** nicht nur **von** staatlicher Willkür, sondern **zu** einem selbstbestimmten Leben. Dazu gehört heutzutage auch die neue Bändigung des Kapitalismus, wie Gabriel ausführte, was nicht in nationalem Rahmen, sondern nur auf europäischer Ebene und darüber hinaus gelingen könne. Während in der aktuellen SPIEGEL-Ausgabe Helmut Schmidt und Gerhard Schröder, die beiden Altkanzler, dem verstorbenen Willy Brandt nachrufen, er habe von Wirtschaftspolitik gar nichts verstanden…., würdigte Gabriel den Kniefall von Willy Brandt 1972 vor dem Mahnmal für das Warschauer Ghetto der jüdischen Einwohner/innen während der Nazi-Zeit in der polnischen Hauptstadt. **Willy Brandt**, selbst ein Verfolgter des Nazi-Regimes, entschuldigte sich mit dieser denkwürdigen Geste als deutscher Staatsmann für die unzähligen Kriegsverbrechen unter deutschem Namen. Was unterscheidet die SPD von den Christdemokraten und Konservativen? Gabriel: Die Konservativen wollen immer regieren, die SPD will immer Recht haben. So beim politischen Einsatz für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Männer und für Frauen, so bei dem Bemühen um die Steuer-Gerechtigkeit. In seiner gut halbstündigen Rede forderte Gabriel: „Die Schulen sollen wieder zu angesehenen Kathedralen in unserer Gesellschaftskultur werden.“ Aufstiegschancen durch gute Bildung sei ebenfalls eine wichtige sozialdemokratische Grundüberzeugung.

www.togohilfe-wangen.de

Clärle Dorner überreichte in Ulm einen großen Fußballschuh mit den Unterschriften der Fußball-Nationalelf aus dem afrikanischen Togo, die während der WM 2006 in Wangen/Allgäu wohnten und trainierten. Mit dem riesen Kickerschuh soll um Spenden für die medizinische Versorgung vor allem von Kindern und Familien und für Schulprojekte in dem afrikanischen Land geworben werden, was Sigmar Gabriel gerne unterstützen möchte.

Bild (copyright):Ludwig Dorner, Griesingen

Nach seiner Rede nahm der SPD-Vorsitzende Platz inmitten einer Sitzrunde mit ausgewählten Parteifreunden wie Gottfried Beck, 92-jäh-

rig,aus Mundingen im Alb-Donaukreis, der gleich nach dem 2.Weltkrieg schnell seinen Beitritt in die SPD organisierte, obwohl man von „Parteigeschichten“ nach der Nazi-Zeit eigentlich die Nase voll gehabt hatte. Auch der evangelische Pastor Reinhard Müller, früher Pfarrer der Paulus-Gemeinde in Ulm, hatte in der Runde Platz genommen. Er holte sich von Gabriel einen Widerspruch ab zu seinem Wunsch an die SPD, sie möge mit den Linken in einer neuen Bundesregierung koalieren. Meral Kühlental ist eine junge türkisch-stämmige Genossin von der SPD Neu-Ulm, die an dem Gespräch teilnimmt, und schließlich Clärle Dorner von der SPD Ehingen, die jetzt nach 22 Jahren den Ortsvereinsvorsitz an ihre junge Nachfolgerin Stefanie Bernickel abgegeben hat und als Kreistagsmitglied im Alb-Donau-Kreis engagiert ist. Vervollständigt wird die Runde noch durch den Juso Leander, der nach dem schlechten Wahlergebnis bei der letzten Bundestagswahl 2009 spontan in die SPD eingetreten ist, wie damals nicht wenige junge Leute, weiß Sigmar Gabriel zu berichten. Unter der Moderation von Hilde Mattheis äußerten sich die Genannten zu ihren Motiven, warum sie in der Partei Mitglied geworden sind und weshalb sie stolz sind auf die lange Geschichte der SPD. Nachdem allseits Konsens und Zustimmung geäußert wurde, vermisste Gabriel das SPD-Gen, das sonst vor Kritik mit Entscheidungen der SPD-Spitze oder an Fehlentwicklungen in der Partei selber nicht zurückscheut. Der Rote Seehas hatte sich ruhig verhalten. Was ärgert euch an der SPD heute? fragte Sigmar Gabriel in die Runde. Gewünscht wurde hauptsächlich mehr „Klartext“ im laufenden Wahlkampf. Auf Befragen ging er auch auf die Absicht ein, die SPD wolle bald aus der Sozialistischen Internationale austreten und mitwirken an einer neuen weltweiten „Progressiven Allianz“ von sozialdemokratischen Parteien und Bewegungen in den 5 Kontinenten, ohne Beteiligung von Schein –Demokraten und Diktatoren in ihren Ländern. Zum guten Schluss überreichte Gabriel noch zwei jungen Leuten ihr frisches Parteibuch zu ihrem erfolgreichen Eintritt in die SPD.

Nach der Verabschiedung des prominenten Gastes war das Interesse an dem angekündigten Film zur Parteigeschichte der SPD eher gering, viele verließen das Lokal und andere, die noch da geblieben waren, unterhielten sich recht laut über den Auftritt des SPD-Vorsitzenden eben, sodass man dem Film kaum akustisch folgen konnte.

Bevor Sigmar Gabriel auf der Autobahn A 8 nach Pforzheim enteilte zu einem **Zeitungsforum der Pforzheimer Zeitung** mit über 200 Besuchern im örtlichen Kulturhaus Osterfeld, überreichte die Überlinger Genossin **Margot Hess** die Jubiläumschronik ihres SPD-Ortsvereins und zwei gedruckte Ausgaben des Roten Seehas. Gabriel erinnerte sich bei dieser Gelegenheit gerne an an seine bisherigen Kur-Aufenthalte in einer Klinik in Überlingen am Bodensee.

W.Bernhard

Unwürdiger Koalitionsstreit um die Frauenquote

Zu der am Donnerstag stattfindenden Bundestagsabstimmung zur Einführung einer gesetzlichen Frauenquote erklären die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**, die Kreisvorsitzende Ulm Alb-Donau Heidi Ankner sowie die ASF Kreisvorsitzende Andrea Schiele:

"Das Geschacher um die Frauenquote ist unwürdig. Die Einführung einer Frauenquote darf nicht für wahltaktische Spielchen genutzt werden, sondern ist ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung der Gleichstellung.

Die SPD hatte im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, der eine Mindestquote für den Frauenanteil in den Aufsichtsräten von 20 Prozent ab dem Jahr 2018 und 40 Prozent ab 2023 vorschreibt. Dieser hatte auch die Unterstützung der CDU geführten Länder Saarland und Sachsen-Anhalt gefunden und wurde mit Mehrheit angenommen. Nun wurde aber mit einem faulen Kompromiss erzwungen, dass die schwarz-gelbe Koalition den Bundesratsentwurf im Bundestag ablehnt.

Die Vereinbarung innerhalb der CDU die Einführung einer Frauenquote erst ab 2020 in ihr Wahlprogramm aufzunehmen ist ein Hohn für alle, die seit Jahren für eine stärkere Repräsentanz von Frauen in Führungsfunktionen kämpfen.

Dass die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote für Aufsichtsräte parteiübergreifend eine große Unterstützung findet, zeigt auch der Aufruf des Landesfrauenrates Baden-Württem-

berg, der klar zu einer parteiübergreifenden Unterstützung des Bundesratsentwurf aufruft."

Berlin, 17.04.2013 **Büro Hilde Mattheis, MdB**

Ba-Wü:

„Die Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand – die Bundesregierung muss ihren Worten endlich Taten folgen lassen“

Fachbeirat Europa der SPD diskutiert über EU-Konzessionsrichtlinie

Das Szenario ist offensichtlich und mancherorts bereits traurige Realität, wie die Beispiele Stuttgart, Berlin oder London zeigen: Kommunen privatisieren ihre Wasserversorgungsstrukturen, profitorientierte Konzerne übernehmen, höhere Preise und schlechtere Qualität sind die Folgen. Im Zuge der Verhandlungen über die EU-Konzessionsrichtlinie sind in den vergangenen Monaten Befürchtungen aufgekommen, die EU wolle das Wasser flächendeckend privatisieren.

Was die Bevölkerung will, ist indes klar: Die Trinkwasserversorgung soll in öffentlicher Hand bleiben, eine Liberalisierung oder Privatisierung des Wassers lehnen die Menschen eindeutig ab. Beleg dafür ist auch der beispiellose Erfolg der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Right2Water“, die mittlerweile von mehr als 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in ganz Europa unterschrieben wurde. Seit Kurzem sind auch die notwendigen nationalen Quoren in acht Mitgliedstaaten erfüllt. „Das ist ein großartiger Erfolg und zudem ein Beleg dafür, dass eine europäische Öffentlichkeit entsteht“, so die Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt** aus Mulfingen.

Die SPD wissen die Menschen in ihrem Engagement an ihrer Seite. Das betonen die baden-württembergischen Politiker und Politikerinnen **Evelyne Gebhardt MdEP**, **Rita Haller-Haid MdL** und **Josip Juratovic MdB**, nachdem der aktuelle Stand der Verhandlungen über die EU-Konzessionsrichtlinie am vergangenen Samstag den Fachbeirat Europa der SPD Baden-Württemberg beschäftigte. *„Wasser ist ein universales Menschenrecht. Der Zugang zu sauberem und bezahlbarem Trinkwasser muss für alle Menschen gewährleistet sein. Profitinteressen haben hier nichts zu suchen“*, stellt die Hohenloher Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt unmissverständlich klar, die als Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments seit Monaten dafür kämpft, dass öffentliche Formen der Wasserversorgung durch Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände aus dem Anwendungsbereich der Konzessionsrichtlinie herausgenommen werden.

Kritik üben die Sozialdemokraten an der Bundesregierung, die Ende letzten Jahres, als im EU-Ministerrat die Konzessionsrichtlinie auf der Tagesordnung stand, nichts für eine Abänderung des Kommissionsentwurfs getan hat, sondern vielmehr als Befürworterin von Privatisierungen aufgetreten ist. „Und auf einmal geriert sich die Bundeskanzlerin als Retterin des Wassers. Das ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten“, so der Heilbronner Bundestagsabgeordnete und Koordinator des Fachbeirats Europa im SPD-Landesvorstand Josip Juratovic angesichts der jüngsten Beteuerung von Bundeskanzlerin Angela Merkel gegenüber dem Deutschen Städtetag, für den Erhalt kommunaler Strukturen einzutreten. In den anstehenden Verhandlungen auf europäischer Ebene müssten Merkel und Co. sich nun auch tatsächlich dafür einsetzen. „Die Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand, die Bundesregierung muss ihren Worten endlich Taten folgen lassen“, fordert die Tübinger Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid abschließend. Der Fachbeirat Europa wird das Thema weiter im Blick behalten und alles tun, um den Einsatz der vielen Unterzeichner und Unterzeichnerinnen der EBI „Right2Water“ zu unterstützen.

8. Mai 2013 **Wahlkreisbüro Gebhardt, Juratovic, Wahlkreisbüro Haller-Haid**

Initiative Bodensee-S-Bahn

Schienenprojekte am Bodensee für den deutschen Bundes-Verkehrs-Wege-Plan BVWP 2015

Das Land Baden-Württemberg hat eine Öffentlichkeitsbeteiligung für Schienenprojekte durchgeführt, die es für den deutschen Bundes-Verkehrs-Wege-Plan BVWP 2015 vorschlagen will. Die wichtigsten Bahnlinien am Bodensee sollen elektrifiziert und ausge-

baut werden. Das befürwortet auch die "Initiative Bodensee-S-Bahn" und empfiehlt, diese Bahnlinien für einen S-Bahn-Betrieb auszubauen. Ferner sollte die Kapazität der eingleisigen „Bodenseegürtelbahn" durch eine Umfahrung im Norden vergrössert werden. Die Staus auf den Strassen bleiben trotz den vielen Aus- und Neubauten notorisch. Deshalb ist mehr motorisierter Strassenverkehr auf den ökonomisch und ökologisch sinnvollen Schienenverkehr zu verlagern. Voraussetzung dafür sind in Deutschland viel grössere finanzielle Mittel. Nur damit ist der Anschluss an die Nachbarländer am Bodensee in der Verkehrs- und in der Wirtschaftspolitik zu schaffen.

Das Land Baden-Württemberg will die folgenden vier Bahnlinien am Bodensee mit dem deutschen Bundes-Verkehrs-Wege-Plan BVWP 2015 elektrifizieren und ausbauen lassen: „Allgäubahn", „Südbahn", „Gäubahn" und „Hochrhein-/ Bodenseegürtelbahn". In der am 15. April abgeschlossenen Öffentlichkeitsbeteiligung hat die „Initiative Bodensee-S-Bahn" diese vier Projekte befürwortet und vorgeschlagen, dabei einen modernen S-Bahn-Betrieb zu berücksichtigen. Es wurden ausserdem mehrere Projekte vorgeschlagen, um die eingleisige „Bodenseegürtelbahn" im Norden zu umfahren und die Kapazität des Bahnnetzes am Bodensee zu vergrössern. Dazu ist die „Hegau-Ablachtalbahn" zwischen Radolfzell und Ulm ebenfalls für den Personen- und Güterverkehr zu elektrifizieren und auszubauen. Einige weitere, kleinere Ausbau- und Neubau-Projekte können die Ost-West-Verbindungen zwischen der „Hegau-Ablachtalbahn", der „Südbahn" und der „Allgäubahn" verkürzen.

Ein Ende der Staus auf den Strassen ist trotz der massiven Investitionen nicht abzusehen. Es kann und muss mehr Verkehr verlagert werden. Die maximale Verkehrskapazität einer Bahn-Doppelspur ist bei gleichen Geschwindigkeiten fast gleich gross wie die Kapazität einer sechsspurigen Autobahn. Im Kanton Zürich bewältigt der öffentliche Verkehr mit Bahn und Bus bereits die Hälfte des motorisierten Strassenverkehrs. Das grosse Potential des ökonomisch und ökologisch optimalen Schienenverkehrs kann in Deutschland nur erschlossen werden, wenn die Investitionen am Bodensee auf das Mehrfache vergrössert werden. Erst dann können die attraktiven Schienenprojekte innerhalb absehbarer Zeit geplant, finanziert und gebaut werden.

Der Schienenverkehr muss in Deutschland dringend eine wirksamere politische Unterstützung bekommen. Das ist nicht nur notwendig, um die Schieneninfrastruktur am Bodensee auf den gleichen Standard wie in den Nachbarländern zu bringen. Viel wichtiger ist es, deren Vorsprung in der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik aufzuholen.

Detaillierte Informationen unter
www.bodensee-s-bahn.org
und weitere Auskünfte:
16. April 2013 Ulrich Bauer, Wolfgang Schreier

Europa

S&D

Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Evelyne GEBHARDT:

„Entscheidung über Bodenverkehrsdienstleistungen gefallen"

Europäisches Parlament beschließt weitere Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste.

„Die gute Nachricht ist, die Flughäfen in der Region sind nicht von der weiteren Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste betroffen. Wir konnten durchsetzen, dass die neue Regelung nur für Flughäfen mit einem Aufkommen von über 15 Millionen Fluggästen im Jahr gilt. Ich habe dennoch gegen den Vorschlag einer Marktöffnung bei den Bodenverkehrsdiensten gestimmt. Wir Sozialdemokraten sprechen uns energisch gegen die weitere Liberalisierung an europäischen Flughäfen aus, die bisher vielerorts zu Sozialdumping und schlechten Arbeitsbedingungen für Beschäftigte geführt hat. An Flughäfen darf kein Platz sein für Hungerlöhne und Qualitätsverluste", erklärte die Hohenloher SPD-Europaabgeordnete Evelyne **Geb-**

hardt nach der Abstimmung über die Bodenverkehrsdienste in Straßburg.

„Zwar haben wir Sozialdemokraten erreicht, dass verbindliche Tarif-, Sozial- und Qualifikationsstandards eingehalten werden müssen, die auch bei der Auftragsvergabe an Subunternehmer und externe Dienstleister gelten. Allerdings hat die konservativ-liberale Mehrheit im Europäischen Parlament die Gleichbehandlung aller Arbeitnehmergruppen beim Betriebsübergang verhindert. Für die Konservativen und Liberalen scheinen manche Arbeitnehmer mehr wert zu sein als andere. Das ist ein Unding“, so Evelyne Gebhardt.

Nach dem nun gegen die Stimmen der SPD-Abgeordneten beschlossenen Vorschlag müssen Flughäfen mit mindestens 15 Millionen Passagieren künftig mindestens drei anstatt bisher zwei Anbieter bei den Bodenverkehrsdienstleistungen zulassen. Anträge der Sozialdemokraten, die Entscheidung über eine weitere Marktöffnung den Mitgliedstaaten zu überlassen, fanden keine ausreichende Unterstützung.
„Diese Abstimmung hat wieder einmal offenbart, wer das Ziel eines sozialen Europas verfolgt und wer eben nicht. Es ist nicht nur oberste Priorität, eine hohe Qualität der Abfertigung zu gewährleisten, sondern auch gute Arbeitsbedingungen und Einkommen der Flughafenbeschäftigten zu garantieren. Die Konservativen und Liberalen setzen unmissverständlich ihre Prioritäten zum Nachteil der Bürger und Bürgerinnen“, stellte **Evelyne Gebhardt** fest.

Hintergrund:
Die EU-Kommission erhofft sich durch eine Zwangsliberalisierung der Bodenverkehrdienste mehr Wettbewerb auf europäischen Flughäfen. Der Markt ist bereits weitgehend geöffnet, allerdings können die Mitgliedstaaten bei der Gepäck-, Fracht- und Postabfertigung sowie bei den Vorfeld- und Betankungsdiensten den Marktzugang einschränken. Im Dezember hatte das Parlament den Kommissionsvorschlag, die Anzahl der Bodenverkehrsdienstleister von derzeit mindestens zwei auf drei zu erhöhen, abgelehnt und in die Ausschüsse zurückverwiesen.

Straßburg, den 16. April 2013
Evelyne Gebhardt, MdEP

Peter SIMON:

"Steuersündern an den Kragen gehen"

Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments fordert gemeinsames europäisches Handeln,

Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments fordert auf Initiative der Sozialdemokraten ein gemeinsames europäisches Vorgehen für mehr Steuergerechtigkeit. "Der Kampf gegen Steueroasen, Steuerbetrug und Steuerumgehung macht an Landesgrenzen nicht halt. Sage und schreibe eine Billion Euro gehen jedes Jahr in Europa durch Steuerbetrug und Steuervermeidung verloren. Nationales Handeln muss deshalb in gemeinsame europäische Maßnahmen eingebettet werden. Nur so geht es den Steuersündern wirklich an den Kragen. Der Kampf gegen den Steuerbetrug muss deshalb endlich auch auf europäischer Ebene zur Chefsache gemacht werden", bringt der baden-württembergische SPDEuropabgeordnete **Peter SIMON**, Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses, die zentrale Forderung auf den Punkt.

Die Europaabgeordneten fordern deshalb weitreichende europäische Maßnahmen gegen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuerumgehung. So sollen z. B. Staaten Banken, die aktive Beihilfe zu Steuerbetrug leisten, die Lizenz entziehen können. Zudem sollen bis Ende 2014 Steueroasen auf eine öffentliche "Schwarze Liste" gesetzt und Mitgliedstaaten aufgefordert werden, alle bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen mit Ländern auf dieser Liste auszusetzen bzw. zu beenden. Unternehmen aus Ländern auf der "Schwarzen Liste" soll der Zugang zu öffentlichen Aufträgen in der EU beschnitten werden. "Durch striktere europaweite Vorgaben müssen wir erreichen, dass jegliche Geschäfte mit den Steueroasen ihren Anreiz verlieren und Steueroasen letztendlich austrocknen. Die Botschaft ist klar: In Europa darf kein Platz mehr für Steuersünder sein", so **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 24.05.2012 **Für weitere Informationen:**
Büro Peter Simon, MdEP

Peter SIMON:

"Besser ein 'peinlich später' Kurswechsel als gar keiner"

Merkel spricht sich auf dem Deutschen Städtetag gegen Liberalisierungstendenzen in der Wasserversorgung aus.

Die Bundeskanzlerin hat auf dem Deutschen Städtetag in Frankfurt eingelenkt und sich öffentlich gegen eine Privatisierung der deutschen Wasserversorgung ausgesprochen, die ihre Regierung zuvor im Ministerrat auf europäischer Ebene noch unterstützt hat: "Als ich dies auf der Hauptversammlung des deutschen Städtetages hörte, traute ich meinen Ohren nicht. Seit Monaten kämpfen wir SPD-Europaabgeordnete gegen die Konsequenzen der geplanten EU-Konzessionsrichtlinie für die deutsche Wasserversorgung. Jetzt endlich vollzieht auch Merkel den Schwenk und will unseren Kampf unterstützen, nachdem ihre Regierung ihn bisher massiv auf europäischer Ebene behindert hat", sagt der baden-württembergische SPDEuropaabgeordnete **Peter SIMON**, der sich im Europäischen Parlament von Anfang an gegen die Konzessionsrichtlinie ausgesprochen hatte.

"Der Sinneswandel kommt allerdings spät. Peinlich spät. Hätte Frau Merkel sich bereits von Beginn an gegen die Richtlinie ausgesprochen, anstatt sie im Ministerrat einfach abzusegnen, wäre es erst gar nicht zu einer derartig bedrohlichen Situation für die deutsche Wasserwirtschaft gekommen", so **Peter SIMON** weiter.

"An diesen Worten wird Frau Merkel sich jetzt messen lassen müssen. Wir SPD-Europaabgeordnete werden mit Argusaugen verfolgen, dass sie diesen Worten bei den weiteren Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission auch Taten folgen lassen wird", so **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 26.04.2013 **Für weitere Informationen:**
Büro Peter Simon, MdEP

Evelyne Gebhardt:

„Merkel fährt ziellosen Zick-Zack-Kurs“

SPD-Europaabgeordnete setzen auf öffentliche Wasserversorgung.

Die Bundeskanzlerin hat auf dem Deutschen Städtetag in Frankfurt überraschend angekündigt, sich für den Erhalt der Wasserversorgung in öffentlicher Hand einzusetzen. „Erst forcierte Merkel die Liberalisierung von Wasser auf europäischer Ebene, jetzt will sie plötzlich die Privatisierung von Wasserwerken verhindern“, sagt die SPD-Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt**: „Dieser ziellose Zick-Zack-Kurs ist nicht nachvollziehbar“.

Merkels Einsatz sei Ende vergangenen Jahres gefragt gewesen, als der Rat sich mit der Konzessionsrichtlinie beschäftigt hat. „Widerstand von Seiten der Bundesregierung war damals Fehlanzeige“, kritisiert **Evelyne Gebhardt** die fehlende Unterstützung der Bundesregierung in den Auseinandersetzungen über die geplante Richtlinie für die Konzessionsvergabe. „Sie hat den Vorschlag der Europäischen Kommission einfach durchwinken lassen – mit möglicherweise drastischen Auswirkungen auf die deutsche Wasserversorgungsstruktur.“

Evelyne Gebhardt, die als Koordinatorin der sozialdemokratischen Fraktion seit Monaten für den Erhalt der in Deutschland bewährten Wasserversorgung kämpft, zeigt sich verwundert über das jüngste Bekenntnis der Kanzlerin. „Das ist keine Politik aus Überzeugung, sondern Politik der Demoskopie“, so die SPD-Abgeordnete **Evelyne Gebhardt**. „Natürlich freut es mich, wenn die Kanzlerin nun angeblich die Bedeutung der Wasserversorgung in öffentlicher Hand erkannt haben will. Allerdings frage ich mich, wieso die Bundesregierung sich nicht früher und energischer in den entsprechenden Gremien gegen eine europaweite Ausschreibungspflicht für Konzessionen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgesprochen hat.“

Dass es nicht weit her ist mit Merkels Bekenntnis gegen Wasserprivatisierung, werde in Griechenland oder Portugal deutlich. „Dort unterstützt Merkel unter dem Deckmantel des Sparzwanges das Verlangen der Troika, die öffentliche Wasserversorgung zu privatisieren“, so **Evelyne Gebhardt**: „Wir Sozialdemokraten stellen uns entschieden gegen einen solchen Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge.“

Hintergrund:

Mit der Konzessionsrichtlinie wird ein neuer rechtlicher Rahmen für die Konzessionsvergabe von Dienstleistungen geschaffen, der Rechtssicherheit für die Auftraggeber schaffen soll. Die Gestaltungsfreiheit bei der Ausführung der

Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse soll dabei weiter in der Hand der Kommunen und Regionen bleiben. Die Verhandlungen zwischen Rat und Europäischem Parlament laufen, sollen aber unter der irischen Ratspräsidentschaft bis zum 30. Juni 2013 abgeschlossen werden.

Brüssel, 26.04.2013 **Weitere Informationen:**
Büro Gebhardt, MdEP und Jan Rößmann
(Pressesprecher)

Peter SIMON:

"Mehr Sicherheit, weniger Boni und Vorfahrt für die Realwirtschaft durch strengere Bankenregeln"

Europaparlament beschließt höhere Eigenkapitalanforderungen für Banken und Begrenzung der Boni.

"Das größte Bankenregulierungspaket der EU-Geschichte ist endlich unter Dach und Fach. Mit der heute von uns beschlossenen Gesetzgebung schaffen wir nicht nur einen umfassenden Werkzeugkasten für eine funktionierende Aufsicht über die Kreditinstitute, sondern packen zentrale Auslöser der Krise an den Wurzeln und machen Europas Banken krisenfester", bringt **Peter SIMON**, Mitglied im Wirtschafts- und Währungsausschuss, die strengen Vorschriften bei Eigenkapital, Liquidität und Verschuldungsquote von Banken auf den Punkt. "Auch dem Wildwuchs bei Bonuszahlungen für Banker haben wir einen Riegel vorgeschoben", betont **Peter SIMON**.

Nur dem kontinuierlichen Druck der Sozialdemokraten ist es zu verdanken, dass es erstmals eine verbindliche Obergrenze für Bonuszahlungen geben wird. Zukünftig wird kein Banker mehr einen Bonus bekommen, der höher ist als sein Grundgehalt. "Realitätsferne Bonuszahlungen waren Teil einer kurzsichtigen Geschäfts- und Anreizkultur und haben geradewegs in die Krise geführt. Das musste korrigiert werden", erläutert **Peter SIMON**. Nur bei Zustimmung einer Supermehrheit der Eigentümer einer Bank darf der Bonus maximal die doppelte Höhe des Grundgehalts erreichen.

"Das heute beschlossene Regulierungspaket für Banken ist ein zentraler Baustein der neuen europäischen Finanzmarktarchitektur. Wir haben aber noch einen langen Weg vor uns. Jetzt setzen wir alles daran, als nächsten Schritt die Bonusbegrenzung so zeitnah wie möglich auch auf weitere Bereiche des Finanzsektors wie z. B. die Investmentfonds auszuweiten", so **Peter SIMON** weiter.

Der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete hatte sich gemeinsam mit seiner Fraktion weiterhin dafür eingesetzt, dass trotz der höheren Eigenkapitalanforderungen an Banken die Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen nicht erschwert wird. "Wir haben dafür gesorgt, dass die Kreditinstitute mehr und besseres Kapital für Risiken und Fehlentwicklungen beiseite legen müssen. Um die höheren Risiken für Steuerzahler und Volkswirtschaft durch systemrelevante Institute zu reduzieren, müssen diese sogar bis zu 2% mehr Kapital halten. Für Kredite an die Realwirtschaft allerdings wird durch einen Ausgleichsfaktor sichergestellt, dass sich diese nicht verteuern. Das sollte für den nötigen Finanzierungschub sorgen und war uns besonders wichtig, denn die verlässliche Finanzierung der Realwirtschaft ist Hauptaufgabe von Banken in einer sozialen Marktwirtschaft", unterstreicht Peter SIMON abschließend.

Hintergrund:
Mit dem CRD IV-Paket werden die so genannten Basel III-Regeln in europäisches Recht umgesetzt. Das Paket bildet den Rahmen für die Aufsicht über alle Banken in der EU. Die Umsetzung von Basel III bedeutet für die über 8.000 Banken in der Europäischen Union u. a. strengere Eigenkapitalvorschriften sowie erstmals europäische Regeln zu Liquidität und eine Begrenzung der Verschuldung.

Straßburg, 16.04.2013 **Für weitere Informationen:**
Büro Peter Simon, MdEP

Gebhardt:

„Europa bietet jungen Leuten vielfältige Chancen“

Europaabgeordnete besucht Hohenloher Schulen

Die Zukunft Europas liegt in den Händen der jungen Generation. Das wusste schon der damalige französische Staatspräsident Charles de Gaulle, als er vor nunmehr bald 51 Jahren in seiner berühmten Ludwigsburger Rede an die deutsche Jugend dazu aufrief, nach Jahrhunderten verheerender Kriege ein vereintes und friedliches Europa zu schaffen. Wie erfolgreich die Europäer und Europäerinnen diese Aufgabe im letzten halben Jahrhundert gemeistert haben, zeigt die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU im vergangenen Jahr.

Gleichwohl bleibe es auch unter veränderten Rahmenbedingungen eine dauernde Aufgabe, junge Menschen für das europäische Projekt zu gewinnen, ist sich die Hohenloher Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt** sicher. „Europa bietet jungen Leuten vielfältige Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten“, so **Evelyne Gebhardt**, die dabei etwa an die Stipendienprogramme Erasmus und Leonardo da Vinci oder an die Möglichkeit, in jedem Mitgliedstaat leben und arbeiten zu können, denkt. Im Europäischen Jahr der Bürger und Bürgerinnen, zu dem die EU das Jahr 2013 ausgerufen hat, gelte es, die Menschen verstärkt über ihre mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte aufzuklären und der häufig negativen Berichterstattung über die Europäische Union die vielen positiven Aspekte entgegenzuhalten.

Anlässlich des EU-Schulprojekttages am 6. Mai besucht die Sozialdemokratin **Evelyne Gebhardt** Schulen im Hohenlohekreis, um mit Schülerinnen und Schülern über europäische Themen ins Gespräch zu kommen. Zunächst ist am Morgen die Gewerbliche Schule Öhringen an der Reihe, im Anschluss geht es weiter im Schlossgymnasium Künzelsau. „Es macht mir großen Spaß, mit Jugendlichen zu diskutieren. Sie sind wissbegierig, offen für Neues und gerade diese Offenheit möchte ich nutzen, um für Europa zu werben“, so die Abgeordnete. **Evelyne Gebhardt** nimmt seit vielen Jahren am EU-Schulprojekttag teil und besucht auch darüber hinaus das ganze Jahr über etliche Schulen im Land, um sich mit jungen Leuten über die EU auszutauschen, von ihren Erfahrungen zu berichten und das Interesse an der Europäischen Union durch Wissensvermittlung zu stärken.

Hintergrund:

Der EU-Schulprojekttag findet in diesem Jahr zum siebten Mal statt und ist fester Bestandteil der Europawoche im Mai. Abgeordnete, Regierungsmitglieder sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von EU -Institutionen sind aufgerufen, an diesem Tag Schulen zu besuchen und mit Schülerinnen und Schülern über Europa zu diskutieren.

02.05.2013 **Frederick Wunderle,**
Leiter Europabüro Künzelsau

Peter SIMON:

"Europas Bürgerinnen und Bürger haben gesprochen: Hände weg von unserem Wasser!"

Europäische Bürgerinitiative *right2water* erfolgreich

Die Europäische Bürgerinitiative right2water, die sich u. a. gegen die Liberalisierung der Wasserwirtschaft ausspricht, hat europaweit die nötige Anzahl an Unterschriften erreicht, um die Europäische Kommission zu verpflichten, sich aktiv mit dem Anliegen auseinanderzusetzen. "Das ist ein historischer Moment für die Bürgerbeteiligung und ein Meilenstein für mehr direkte Demokratie in Europa. **right2water** ist es eindrucksvoll gelungen, ein für die Menschen in Europa so zentrales Thema wie das Anrecht auf bezahlbares und qualitativ hochwertiges Wasser von der rein politischen Ebene in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und dadurch den Ängsten und Sorgen der Menschen in Europa eine gemeinsame und starke Stimme zu geben", gratuliert der SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** der Europäischen Bürgerinitiative right2water zu ihrem Erfolg. Das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses hatte im Kampf gegen eine mögliche Liberalisierung der Wasserversorgung durch die Hintertür zu einem Schulterschluss zwischen Europaabgeordneten und Bürgerinnen und Bürgern und damit zur Unterstützung von right2water aufgerufen.

"Die Botschaft von über 1,4 Millionen europäischen Bürgerinnen und Bürgern ist eindeutig: Hände weg von unserem Wasser. Jetzt ist die Europäische Kommission am Zug. Der Stimme des Volkes muss nun auch Rechnung getragen werden. Sonst verkommt das neue Mitbestimmungsinstrument zu einem zahnlosen Papiertiger und das wäre ein fatales Signal", fordert **Peter SIMON**. „Wie ernst es die Europäische Kommission wirklich meint, kann sie bereits zeitnah unter Beweis stellen. Nachdem selbst Bundeskanzlerin Merkel einen Richtungswechsel angedeutet hat, könnten in den derzeit laufenden Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission Fakten geschaffen werden, indem die Wasserversorgung, wie von uns Sozialdemokraten von Beginn an gefordert, aus der umstrittenen Richtlinie zur Vergabe von Dienstleistungskonzessionen herausgenommen wird“, so **Peter SIMON a**bschließend.

Hintergrund:

Durch die im Lissabonvertrag verankerte "Europäische Bürgerinitiative" können EUBürgerinnen und Bürger die Europäische Kommission dazu auffordern, einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten.

Nach Deutschland, Belgien, Österreich, Slowenien und der Slowakei haben nun auch Luxemburg, Finnland und Litauen die benötigte Mindestzahl an Unterschriften für right2water erreicht. Die Europäische Kommission muss darauf innerhalb von drei Monaten reagieren und gegebenenfalls Maßnahmen vorschlagen.

Brüssel, 06.05.2013 **Für weitere Informationen: Büro Peter Simon, MdEP**

Peter SIMON und Evelyne Gebhardt:

"Bankkunde muss König sein"

EU-Kommission legt Gesetzesinitiative für europaweites Basiskonto, mehr Gebührentransparenz und problemloseren Wechsel vor

Bürger und Bürgerinnen in Europa sollen künftig europaweit einen gesetzlichen Anspruch auf ein Bankkonto haben. Das sieht ein Richtlinienvorschlag vor, den die Europäische Kommission am Mittwoch vorgestellt hat. "Die Zeit der Empfehlungen und freiwilligen Selbstverpflichtungen ist abgelaufen", begrüßen die SPDEuropaabgeordneten **Peter SIMON** und **Evelyne GEBHARDT** den Vorschlag.

Die freiwilligen Zugeständnisse der Geldhäuser hätten nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht. "Nach wie vor wird Millionen von Menschen in Europa der Zugang zu einem Basiskonto verwehrt", kritisieren **Peter SIMON** und **Evelyne GEBHARDT**: "Ohne Bankkonto ist man heute vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Deshalb ist es wichtig, dass die Europäische Kommission endlich unserer Forderung folgt und den Anspruch auf ein solches Basiskonto rechtlich verpflichtend machen will", unterstreichen die beiden Parlamentarier: "Mit den Bankkunden zweiter Klasse beim Zugang zu Bankdiensten muss Schluss sein."

Evelyne GEBHARDT, sozialdemokratische Sprecherin für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, fordert ein grenzenloses Europa: "Ein Europa, in dem wir in einem anderen Land leben oder arbeiten können, ohne dabei einen bürokratischen Hürdenlauf absolvieren zu müssen, um ein Bankkonto für die alltäglichen Geschäfte zu eröffnen." Zugang zu grundlegenden Bankdienstleistungen wird nun jedem in der Union ansässigen Verbraucher gewährleistet, unabhängig der Nationalität oder des Nachweises eines Wohnsitzes. "Das Recht auf ein Basiskonto ist längst überfällig", so **Evelyne GEBHARDT**. "Dabei ist es unabdingbar, dass den Verbrauchern ein Bankkonto einfach und kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Dieser Service muss mit Grundanforderungen wie Zahlungsverkehrfunktionen, Online-Banking und einer Bankkarte ausgestattet sein."

Der Richtlinienvorschlag enthält neben dem Recht auf ein Basiskonto zudem weitere wichtige Neuerungen bezüglich mehr Preistransparenz bei den Kontogebühren und für einen problemloseren Kontenwechsel. "Der Verbraucher muss klar im Mittelpunkt stehen", kritisiert **Peter SIMON**, Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses. "Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Kunde aufgrund fehlender Vergleichbarkeit oder einem enormen bürokratischen Aufwand, einen Kontowechsel gar nicht erst in Erwägung zieht."

Für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit sollen nach dem Kommissionsvorschlag ein einheitliches Informationsblatt mit der detaillierten Aufschlüsselung sämtlicher Kontoführungsgebühren sorgen - sowie eine unabhängige Website, die einen Gebührenvergleich zwischen sämtlichen Kontoanbietern ermöglicht. Zudem soll zukünftig bei einem Bankwechsel die neue Bank für die komplette Abwicklung des alten Kontos zuständig sein und diese Leistung so kostengünstig und zeitnah wie möglich für den Kunden erbringen. "Von dem stärkeren Wettbewerb unter den Banken profitieren auch die Kunden gleich in doppelter Weise", so der baden-württembergische Europaabgeordnete **Peter SIMON** abschließend: "Die Qualität der Bankdienstleistungen wird steigen und die Kosten sinken."

Brüssel, 08.05.2013 **Weitere Informationen: Büro Peter Simon und Büro Evelyne Gebhardt**

Evelyne Gebhardt:

„Endlich ein Recht auf ein Basiskonto für alle“

EU-Kommission legt Gesetzesinitiative für europaweites Basiskonto, mehr Gebührentransparenz und problemloseren Kontenwechsel vor.

Alle Bürger und Bürgerinnen Europas, unabhängig ihrer Nationalität oder ihres Wohnsitzes, sollen ein Recht auf den Zugang zu einem Bankkonto bekommen. Derzeit besitzen rund 30 Millionen Menschen im Alter über 18 Jahren kein Bankkonto. „Ohne Bankkonto ist man heutzutage schlicht vom gesellschaftlichen Le-

ben ausgeschlossen, deshalb ist es richtig und wichtig, dass die Europäische Kommission endlich unserer Forderung folgt und den Anspruch auf ein solches Basiskonto rechtlich verpflichtend machen will“, freute sich die sozialdemokratische Sprecherin für Binnenmarkt und Verbraucherschutz **Evelyne Gebhardt**. Nachdem das Europäische Parlament die EU-Kommission zuletzt im Juli 2012 in einem Entschließungsantrag zum Handeln aufgefordert hat, legte die Kommission schließlich am Mittwoch in Brüssel einen Richtlinienvorschlag vor.

„Wir wollen ein grenzenloses Europa. Ein Europa, in dem wir in einem anderen Land leben oder arbeiten können, ohne dabei einen bürokratischen Hürdenlauf absolvieren zu müssen, um ein Bankkonto für die alltäglichen Geschäfte zu eröffnen“, begrüßte **Evelyne Gebhardt** das Einlenken der Kommission.

„Das Recht auf ein Basiskonto ist längst überfällig. Dabei ist es unabdingbar, dass den Verbrauchern ein Bankkonto einfach und kostenfrei zur Verfügung gestellt wird, das mit Grundanforderungen wie Zahlungsverkehrfunktionen, Online-Banking sowie einer Bankkarte ausgestattet ist“, so die Hohenloher SPD-Abgeordnete **Evelyne Gebhardt**.

Neben dem Recht auf ein Basiskonto enthält die Gesetzesinitiative weitere wichtige Neuerungen hinsichtlich mehr Preistransparenz bei den Kontogebühren und für einen problemloseren Kontenwechsel. Ein einheitliches Informationsblatt mit einer detaillierten Aufschlüsselung sämtlicher Kontoführungsgebühren sowie eine unabhängige Website sollen einen Gebührenvergleich zwischen sämtlichen Kontoanbietern ermöglichen. Zudem soll zukünftig bei einem Bankwechsel die neue Bank für die komplette Abwicklung des alten Kontos zuständig sein und diese Leistung so kostengünstig und zeitnah wie möglich für den Kunden erbracht werden.

Brüssel, 08. 05.2013 **Europabüro**
Evelyne Gebhardt, MdEP

SPD
Bodenseeregion

„Wenn Du willst, dass etwas besser wird, dann mache Dich selbst auf den Weg“

Festakt 150 Jahre Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung mit Franz Müntefering in Biberach

BIBERACH. Drei Jahre alt war die Gigelberghalle als 1898 die große Sozialdemokratin und Revolutionärin Clara Zetkin, Begründerin des Internationalen Frauentags, hier sprach. Ein wahrhaft würdiger Ort, hier die 150-Jahrfeier der SPD durch den SPD-Kreisverband zusammen mit Franz Müntefering zu begehen.

Einen Mann, den man fragen müsste, welche Parteiämter er nicht innehatte, muss man nicht vorstellen.

Zu Beginn des Abends stimmte die „Biber Percussion Band“ der „Lebenshilfe“ das Publikum ein. Die Musiker unterhielten während der Veranstaltung, trommelten und tanzten mit ihrem Leiter Ray Spencer rhythmische afrikanische Klänge.

MdB und Kreisvorsitzender Martin Gerster stellte den Hauptredner vor und begrüßte die Gäste; „ Wer nicht weiß woher er kommt, weiß nicht wo er sich befindet.“

„Nach 150 Jahren ist die Geschichte der SPD nicht zu Ende, wir sind gefordert, wir werden gebraucht.“ Als am 23.05.1863 in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet

wurde, gab es noch kein Deutschland, man blickte nach Preußen, die Arbeiter suchten Bildung (Arbeiterbildungsvereine entstanden fast flächendeckend). Das Motto sich nicht abzufinden, Besserung wollen zusammen mit anderen gipfelte mit dem Ruf. Fortschritt gibt es!

Die Idee **eines freien, gleichen Wahlrechts für alle - kein Herr – kein Knecht**, war für die herrschende Klasse **pure Revolution**.

Die Stationen:
- 1869 Gründung der SDAP in Eisenach
- 1875 ADAV und SDAP schließen sich zur SAP in Gotha zusammen. Bebel (Arbeiterkaiser) und Wilhelm Liebknecht.
- 1878 Das „Sozialistengesetz“ tritt in Kraft.
- 1890 die SAP ist stärkste Partei bei der Reichstagswahl. Umbenennung in **SPD**
- Im 1. Weltkrieg spaltet sich die USPD ab.
- Bei den Wahlen am 19.01.1919 wird die Idee Wirklichkeit: sogar die Frauen beteiligen sich bei den ersten freien Wahlen.
- Die SPD ist dann die einzige Partei, die die Weimarer Demokratie (Republik) ernsthaft verteidigt: Rede von Otto Wels vor der „Machtübernahme.“

Nach dem Kriegsende hätte man eigentlich erwarten können, dass nun die SPD stärkste Partei würde. Am 8. Mai 1946 kam die Neugründung der Partei in Hannover unter Kurt Schumacher Erst das Godesberger Programm 1959 „Wer sich zur Idee bekennt, gehört dazu“ – formte die SPD zur Volkspartei. Nach 1965 folgten 8 interessante Jahre – Große Koalition – 1969 Kleine Koalition mit der FDP - Bundespräsident Heinemann - die neue Ostpolitik, der Kniefall Willi Brandts. „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ – 1972 Mißtrauensvotum -
Der Mauerfall 1989 - Kohl hat wohl die Chance zur Wiedervereinigung genutzt, ohne dies wäre alles nicht denkbar gewesen.

Martin Gerster soll wieder MdB werden, „er macht einen guten Job“! „Ich habe Europa spät kapiert, es muss weiter entwickelt werden. Wo sonst soll Demokratie Zukunft haben? Der Transfer von Personen, Gütern verändert die Welt. Nationalstaatliches Handeln wird unmöglich. Wir müssen lernen damit umzugehen. Wir werden mit dem Finanzkapitalismus fertig werden, den Primat der Politik behaupten.

Für die Zukunft sind die sozialen Sicherungssysteme gefordert, die kommunale Ebene muss gestärkt werden. Programme wie „die soziale Stadt“ sollen konkretisiert werden

Johannes Gerster (DGB), der kurzfristig für den verhinderten Peter Fischer eingesprungen war, wie darauf hin, dass 1863 in Württemberg ein kleiner Gewerkschaftsverband entstanden war. Gemeinsame Wurzeln, gemeinsame Geschichte verbinden SPD und Gewerkschaften. 1933-1945 folgten gemeinsame Leiden im Kampf für eine freie, demokratische Gesellschaft, gegen rechte Umtriebe. Wir brauchen dringend einen Politikwechsel: 7 Millionen Minijobs, 5 Millionen unter 8,50 €, 1 Million verdient weniger als 5.- € pro Stunde.

Martin Gerster ging dann noch auf die Geschichte der Biberacher SPD ein, die übrigens shr gut dokumentiert ist (Chronik). 1874 wird die SPD in Biberach erstmalig erwähnt. Nach dem 2. Weltkrieg hatte der Kreis Biberach einen Landrat aus der SPD. Fritz Erler! 1956 kam Frau **Dr. Erika Frank** als erste Frau in den Gemeinderat.

Karl-Heinz König

SPD - Kreisverband Bodenseekreis

Neuwahl des SPD-Kreisvorstandes

Es kommt äußerst selten vor, bei den Kreisverbänden und Unterbezirken der SPD und anderer Parteien bundesweit, dass eine Delegiertenkonferenz um 19:30 Uhr beginnt und erst nach Mitternacht um 00:20 Uhr endet. Tatort: Das Dorfgemeinschaftshaus in Überlingen-Nußdorf unweit des Bodenseeufers. Bei der Begrüßung gab Michael Wilkendorf die Parole aus: „Es geht nicht um Baden oder Württemberg, um Sommer oder Winter, um **Adnan Sabah** oder **Dieter Stauber** – es geht um die **Abwahl von Schwarz-Gelb**.“

Schon Wochen vorher, im März, wurde gemunkelt, es gäbe Tendenzen zu einer Abwahl. Das Wahlergebnis jedenfalls war eindeutig: Zum neuen SPD-Kreisvorsitzenden ist mit 45 Stimmen der Friedrichshafener Stadt- und

Kreisrat **Dieter Stauber** gewählt worden. Der bisherige Kreisvorsitzende (seit 8. April 2011), der Überlinger Adnan Sabah (ein Migrant) wurde mit 19 Stimmen nach Hause geschickt. Dass er fleißig war in den zwei Jahren, hat ihm nicht einmal jemand abgestritten. Viele Besuche bei den Ortsvereinen, etliche große Veranstaltungen und Fachkonferenzen sind organisiert worden, eine Europa-AG eingerichtet, Maßnahmen zur Rettung von Ortsvereinen sind getroffen worden. Manch anderer SPD-Kreisverband wäre froh, man hätte die Summe von Presseartikeln wie am Bodensee, und das ohne einen eigenen Abgeordneten. Präsenz in Stuttgart und Anträge eingebracht beim Landesparteitag wie selten zuvor: na und? Adnan Sabah wurden zu seinem freudigen Ereignis in der Familie (Geburt einer Tochter) Glückwünsche und ein Geschenk übermittelt. Ein Delegierter stimmte gegen den Antrag auf Entlastung des bisherigen Kreisvorstandes, warum nicht die anderen Delegierten? Dann hätte man das Wahlergebnis besser nachvollziehen können.

Vom SPD-Landesvorstand waren die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** und der Landesvorsitzende der AG für Arbeitnehmerfragen, **Udo Lutz**, anwesend. In ihren Reden riefen sie die SPD-Basis am Bodensee dazu auf, erst recht im Jahr des 150jährigen Bestehens der Partei und im Bundestagswahlkampf die Botschaft nach außen zu tragen: „Starke Schultern müssen schwache tragen, dazu muss die Gerechtigkeitslücke in unserem Land geschlossen werden.“ Das war das Grundthema in ihren Ansprachen, und in Nebensätzen warben sie um die Unterstützung des bisherigen Kreisvorsitzenden. Und: Eine demokratische Streitkultur auch innerhalb der SPD ist nichts Verwerfliches!

Norbert Zeller berichtete von den Initiativen in der SPD-Kreistagsfraktion für eine „Bildungsregion“ und für den Ausbau der Inklusion, über den Schulbereich hinaus, im Bodenseekreis. Er wiederholte seine Kritik am unwürdigen Verhalten des CDU-Landtagsabgeordneten Ulrich Müller in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des EnBW-Untersuchungsausschusses im Landtag, als er Unterlagen an den früheren CDU-Ministerpräsidenten Mappus weiterleitete. Weitere Berichte kamen vom SPD-Kreiskassier und von den Kreis-Jusos, von Alina Wirbatz, Meersburg. Reinhard Ebersbach, der frühere Bürgermeister von Überlingen, legte als Wahlleiter Wert auf eine geheime Wahl nicht an den Delegiertentischen, sondern in separaten Mini-Wahlkabinen, in denen das Kreuzchen auf dem Stimmzettel gemacht werden sollte.

Doch zuvor hatten beide Kandidaten um den Kreisvorsitz Gelegenheit, sich bei den Delegierten vorzustellen und ihr Konzept für die Arbeit im SPD-Kreisvorstand zu erläutern. Dieter Stauber will ergebnisorientiert im Team arbeiten und die Medienarbeit intensivieren. Das wollte auch Adnan Sabah: mit einer Medienkommission (intern, extern und Internet). Außerdem schwebte ihm eine aktuelle Online-Ausgabe des Roten Seehas vor. In besonderen Projektgruppen sollte verstärkt themenspezifisch an den Problemen in der Bodenseeregion gearbeitet werden. Und: Er reklamierte seinen Rückhalt beim SPD-Landesvorstand und seine guten Chancen, in dieses Gremium gewählt zu werden. Beim letzten Landesparteitag haben ihm nur wenige Stimmen dafür gefehlt. Das Angebot von Dieter Stauber, mit einem stellvertretenden Kreisvorsitzenden Adnan Sabah im künftigen Kreisvorstand zusammenzuarbeiten, lehnte dieser ab mit der Begründung, wenn er als bisheriger Amtsinhaber das Vertrauen zur Weiterarbeit nicht genieße, sei ein Vertrauen zu ihm als Stellvertreter nicht einleuchtend.

In der anschließenden Aussprache ist das Ergebnis der Mediation in Ailingen vom November vergangenen Jahres angesprochen worden sowie die Arbeitszeit und Zuverlässigkeit bei der Beantwortung von E-Mails durch Dieter Stauber.

Bild: von der Schwäbischen Zeitung (Anja Schuster)

Nachdem das Ergebnis der Wahl zum neuen Kreisvorsitzenden festgestanden hatte, erfolgte die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder in großer Routine: Neue Stellvertreter sind Uwe

Achilles, Markdorf und Siglinde Roman, Tettnang. Kassier bleibt Christian Gospodarek, Überlingen. Das Medienreferat übernimmt Josef Büchelmeier, Friedrichshafen, die Schriftführung Cosima Honnen, Markdorf, eine frühere Brandenburgerin. Beisitzer sind Holger Kretzer, Leon Hahn, Britta Wagner, Bernd Caesar, Andreas Kemmer und Maximilian Locher. Vorsitzender der Kreis-Schiedskommission bleibt Wolfgang Sigg, neuer Stellvertreter ist Oswald Burger, Überlingen. Delegierte bei Landesparteitagen: Dieter Stauber, Leon Hahn, Britta Wagner, Uwe Achilles und Jochen Jehle. Außerdem sind die Delegierten für die Landeskonferenzen von Arbeitsgemeinschaften gewählt worden. Nach Mitternacht löschte das neue Vorstandsteam mit einem „Tannenzäpfle“ seinen Durst nach den vielen Wahlgängen.

W.Bernhard

SPD-Ortsverein Meckenbeuren:

Jahreshauptversammlung der SPD Meckenbeuren am 9. April 2013 im Humpisschloss Brochenzell

Unter dem Eindruck des Wahlkampfes von Kanzler-Kandidat Peer Steinbrück hat sich auch die Parteibasis der SPD im unteren Schussental eines Besseren besonnen und die Phase relativer Untätigkeit in den vergangenen Monaten hinter sich gelassen. Bei der Hauptversammlung des SPD-Ortsvereins Meckenbeuren im Humpisschloss in Brochenzell begrüßte der einstimmig wieder zum Vorsitzenden gewählte **Norbert Kiwatsch** ein neues Mitglied und kündigte bevorstehende Veranstaltungen an, etwa eine Gesprächsrunde zur aktuellen Situation auf dem hiesigen Wohnungsmarkt. Der SPD-Bundestagskandidat Jochen Jehle will am 31. August vor dem Fachmarktzentrum gegenüber dem Bahnhof für eine Stimmabgabe für die SPD bei der Bundestagswahl am 22.September werben.

In ihrem Bericht wiesen die SPD-Gemeinderätinnen Helga Brauer, Ingrid Sauter und Ute Staudenmayr auf die angespannte Haushaltslage der Gemeinde Meckenbeuren hin und verteidigten in der Diskussion die „notwendigen Investitionen“ in Buch beim Ausbau der Kinderbetreuung und beim Schul-Bildungszentrum. Einer der Bereiche, die in den kommenden Monaten die Aufmerksamkeit der Mitbürger/innen auf sich ziehen werde, sei die alte und neue Debatte um den Umbau einzelner Abschnitte im innerörtlichen Kreis- und Landesstraßennetz. Zum neu gewählten Vorstandsteam wählten die Mitglieder außerdem Martin Schaeffer (stellvertretender Vorsitzender), Franz Baier (Kassier), Willi Bernhard (Schriftführer) sowie Jochen Wiesner und Jürgen Fischer (Beisitzer).

Für seine 40jährige Mitgliedschaft in der SPD ehrte der bisherige SPD-Kreisvorsitzende Adnan Sabah (Überlingen) den früheren Kehlener Ortschafts- und Gemeinderat Hugo Herrmann und würdigte seine Verdienste in der Parteiarbeit und in der Kommunalpolitik in den vergangenen Jahrzehnten.

13.April 2013 **W.Bernhard**

SPD Tettnang im Gespräch:

SPD will die umlagefinanzierte Rente stärken

mehr tun gegen die Altersarmut von Rentner/innen

mit Hilde Mattheis MdB, stellv. Landesvorsitzende SPD Baden-Württemberg

Peer Steinbrück hat vor 30 Jahren einmal einen Lebensversicherungsvertrag abgeschlossen zu seiner Altersvorsorge. Jetzt ist er entsetzt darüber, wie wenig er noch ausgezahlt bekommt dank der niedrigen Zinsen. Klar ist: Private Modelle in der Altersversorgung halten nicht mehr, was sie mal versprochen haben. Und was ist mit der umlagefinanzierten Rente, das Modell von Bismarck 1890? Hat sie noch eine Zukunft? Die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis ist im Konferenzraum des Hotels „Rad“ in der Hopfenmetropole Tettnang überzeugt davon, „dass die Rente eines der wichtigsten Themen dieser Tage ist, für die Rentner/innen ebenso wie für die jetzigen Anfänger im Berufsleben.“ Die Bürger erwarten daher zurecht ausgereifte Lösungen von den politischen Parteien zur Bekämpfung der Altersarmut wegen niedriger Renten,vor allem bei Frauen. An der Konferenz nahmen auch etliche Abgesandte aus den Ortsvereinen im östlichen Bodenseekreis (besonders Friedrichshafen) teil. Wird es mit den Renten **lausig**, wie in ihrem literarischen Eingangs-Statement die

Tettnanger „Worthandwerkin“ und überzeugte Schwaben-Lobbyistin **Ingrid Koch** in der Art eines humorigen Kassandrarufes argwöhnt? **Hilde Mattheis** nimmt den Ball auf und gibt einen dreifachen Aufschlag in ihrem sehr verständlichen Power-Point-Vortrag:

1. **Ursachen der heutigen Altersarmut**
2. **Politische Forderungen im neuen SPD-Rentenkonzept 2013**
3. **Fazit**

Von der Altersarmut sind 2,3 Prozent der Rentenempfänger über 65 Jahre betroffen, davon 2,6 Prozent Frauen und 1,6 Prozent Männer. Der Grundsicherungsbetrag liegt bei 658 Euro. Ursache für zu geringe Renteneinkommen ist eine veränderte Erwerbsbiographie, besonders bei Frauen, die für Kindererziehungsund Pflegezeiten zu geringe Rentenanwartschaften erwerben können. Hinzu kommt die dramatische Spreizung von Einkommen in der Erwerbsarbeit, für teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/innen ohnehin und die hohe Zunahme von Schein-Selbständigen und von Mini-Jobs mit 450 Euro Monatseinkommen. Außerdem ist die Politik seit 2003 von der paritätischen Finanzierung der Rentenversicherung abgekommen(mit der Einführung der kapitalgedeckten Zusatzversicherung á la Riester, von der andererseits etliche junge Familien mit mehr Kindern gut profitieren (so Werner Nuber). Das Rentenniveau ist seit 30 Jahren von einmal 74 Prozent auf 52.5 % (2005) und heute bis unter 50 Prozent geschrumpft. Wenn nichts geschieht, wird sie nach den **Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung** bis 2030 auf knappe 43 Prozent sinken (abbVIII37). Jeder Beschäftigte müsste heutzutage mindestens 6-8 Prozent seines Brutto-Erwerbseinkommens pro Jahr in seine Altersversorgung selber investieren! Von der ungleichen Entlohnung von Frauen und Männern in vielen Unternehmen und Betrieben(bei gleicher Arbeit) war schon an anderer Stelle die Rede. „Die Rente ist sicher“, hat Norbert Blüm in den 90er Jahren einmal gesagt. Das Rentenniveau hat er damit wohl nicht gemeint. Ab 2040 muss die gesetzliche Rentenversicherung vollständig nachgelagert versteuert werden. Und schließlich haben weibliche Beschäftigte im Gegensatz zu den Männern von der 2.Säule im Rentensystem, den Betriebsrenten, kaum einen Nutzen, ebenso wenig von der privaten Altersversorgung durch Geldanlage.

Klar ist für die Wahlkämpfer in der SPD, dass es auch künftig für jede Frau und jeden Mann nach dem Ende des beruflichen Engagements eine sozial gerechte Sicherung des Lebensstandards im Alter geben muss. Die umlagefinanzierte Rente, sagt Hilde Mattheis, müssen wir erhalten und weiter stärken! Auch wenn der demografische Wandel uns dabei Stolpersteine in den Weg legt. Hauptstütze ist dabei „die Rückkehr zum Normalarbeitsverhältnis in der Wirtschaft“ mit mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, also mit viel weniger Leiharbeit, mit weniger Mini-Jobs und mit höheren Löhnen **und neuen gesetzlichen Mindestlöhnen allüberall.** Das ist die Hauptforderung der SPD im aktuellen Bundestagswahlkampf! Frauen und Männer sollen eine s**teuerfinanzierte Solidar-Rente in Höhe von 850 Euro** für 30 Beitragsjahre und 40 Versicherungsjahre inclusive der Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten, auch für Eltern, deren Kinder vor dem Jahr 1992 geboren worden sind, erhalten.

Die SPD strebt bis 2020, also dann 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, eine Angleichung des Rentenbetrages für ostdeutsche und westdeutsche Rentenempfänger/innen an. Und weiter: Solo-Selbständige sollen künftig in die Rentenversicherung einzahlen. Und wo bleiben die Beamten? Fehlanzeige. Das Projekt „**Rente mit 67“** wird von einer SPD-geführten Bundesregierung so lange ausgesetzt, wie die Parteilinke vehement gefordert hat, bis die Hälfte der älteren Arbeitnehmer/innen –bis 64 Jahrennoch sozialversicherungspflichtig beschäftigt und nicht arbeitslos ist. Die Rente soll mindestens 850 Euro für langjährig Versicherte betragen. Nach 45 Versicherungsjahren soll die Rente abschlagsfrei ausbezahlt werden. Ab dem 50.LebensJahr ist eine attraktive Teilrente mit einem abschlagsfreien Zugang zur Erwerbsminderungsrente geplant. Das Rentenniveau will die SPD bis 2020 auf **51 Prozent** halten bei entsprechender Veränderung der geltenden, sehr komplizierten Rentenformel.

Nach ihren gut halbstündigen Ausführungen erhält Hilde Mattheis Zuspruch aus der Versammlung für die Stärkung der umlagefinanzierten Rentenversicherung. Kritische Wortmeldungen von Zuhörern gelten dem Problem, dass bis jetzt nur die abhängig Beschäftigten Beiträge in die Rentenversicherungskasse einzahlen müssen. Man forderte eine klare **Orientierung an der Schweizer AHV-Politik,** wo-

nach alle Bürger, der Millionär, der Unternehmer ebenso wie der Arbeitnehmer, in die Rentenversicherung Beiträge einzahlen. Auch die Beamten! Vom Schweizer Modell ist Hilde Mattheis allerdings in einigen Punkten nicht überzeugt. Auch das bedingungslose Grund-Einkommen, wie von anderen Parteien befürwortet, ist für sie keine Alternative. „Woher sollen die Milliarden Steuereinnahmen dafür kommen?“ fragt sie in die Runde. Geäußert wird ebenso der Verdacht, dass auch Leute die Solidarrente mit 850 Euro bekommen sollen, die noch nie eine Erwerbsarbeit auf sich genommen haben. Eine längere Debatte entwickelt sich zu dem Problem, dass alle Bundesregierungen bisher gerne in den Topf der Rentenkasse gegriffen haben, um andere staatliche Aufgaben zu finanzieren (wie die Finanzierung der Wiedervereinigung).
Hinzu kommt der Fachkräfte-Mangel in verschiedenen Branchen, vor allem bei Humandienstleistungen, sowie die Erkenntnis, wonach vor allem in der Produktion in den Industrieunternehmen ein weiter verdichteter Zeittakt die Gesundheit der Arbeitnehmer/innen so nachhaltig schädigt, dass diese nicht bis zum vorgesehenen Renteneintrittsalter durchhalten können. Hilde Mattheis nimmt von dem Abend – last, not least- die Skepsis in großen Teilen der jungen Berufsanfänger mit, wie geäußert wird, wie es einmal in 40 Jahren und mehr mit ihrer Altersversorgung aussehen wird. Nach einer aktuellen **Umfrage der TNS Infratest** vom 30. April sparen nur 38 Prozent der befragten 2 500 Personen zwischen 17 und 27 für ihr künftiges Alter und gehen von einem Ruhestandseinkommen von nur 40 Prozent ihres jetzigen Bruttolohns aus.
Immerhin hat sich die SPD mit ihrem aktuellen Konzept Verdienste um die künftige Rentenversicherung erworben, was man von den anderen Parteien nach Einschätzung von Experten so nicht behaupten kann.

W.Bernhard

Hilde Mattheis im Gespräch bei der Tettnanger SPD
Bild (copyright): Axel Eggert, Tettnang

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

Kreisvorstandssitzung:

Mittwoch, den 15. Mai
um 19:00 Uhr
Hotel Waldhorn, FN-Manzell
parteiöffentlich

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 10.06.2013
19:30 Uhr - 21:30 Uhr
Ort: Weinstube Stecher

OV Deggenhausertal:

Nächste Mitgliederversammlung

Donnerstag 16.05.13, 20 Uhr Ort folgt
Tagesordnung
1. Jahresberichte
2. Neuwahlen
3. Bericht aus dem Gemeinderat
4. Aktuelles aus Land und Bund
5. Verschiedenes

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich willkommen.

OV Meersburg:

Vorstandsitzung

Donnerstag, 23.05.2013
20:00 Uhr
Ort: Gutsschänke des Staatsweingutes,
Seminarstr. 4, Meersburg

SPD-Publikationen in der Region …

- Roter Turm www.spd-ravensburg.de
- Bibervision www.spd-biberach.de
- Der Rote Seehas:

http://www.spd-bodenseekreis.de/index.php?mod=content&menu=400&page_id=16706

oder über:

www.sozialistische-bodensee-internationale.eu/
http://www.sozialistische-bodensee-internationale.eu/seehas/

Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

SP tritt gegen den drohenden Staatsabbau an

Eine Studie des Bakbasel bringt es ans Licht: Der Kanton St. Gallen gibt schon heute in allen Bereichen ausser der Bildung unterdurchschnittlich Geld aus. Dennoch beherrscht ein Wort die aktuelle Steuer- und Finanzdebatte: Sparen. Die SP SG ist überzeugt, dass die kantonalen Finanzen im Wesentlichen wegen der Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen der letzten Jahre in Schieflage geraten ist. Eine Haltung, die nun von der Bakbasel-Studie belegt wird.

Die Ostschweiz am Sonntag berichtete gestern auf einer halben Zeitungsseite über die Ergebnisse einer beim Konjunkturforschungsinstitut Bakbasel in Auftrag gegebenen Studie. Die wissenschaftlichen Resultate sind für die SP St. Gallen alles andere als überraschend, im Gegenteil: Sie stützen die eigene Sicht. Der Kanton leidet demnach unter den Folgen der 2008 und 2009 vom Kantonsrat beschlossenen Steuergeschenken an Reiche und Unternehmen. Wörtlich zitiert die Sonntagszeitung des St. Galler Tagblatts die Bakbasel-Studie: „Die Senkungen waren etwas voreilig." Nur dank eines Griffs in die Sparbüchse gelang Finanzdirektor Martin Gehrer für 2012 eine einigermassen ausgeglichene Rechnung. Die schloss mit einer roten Null von 5,3 Mio. Franken ab. Aus der Sparbüchse flossen 200 Mio. Franken in die Rechnung.

Die unmittelbaren Folgen der bürgerlichen Steuersenkungspolitik werden sich auch diesen Sommer wieder zeigen: Wegen der fehlenden Einnahmen fordern die Bürgerlichen erneut ein Sparpaket – Ende Juni debattiert der Kantonsrat so bereits über das dritte. Knapp 300 Mio. Franken wurden in den ersten beiden beschlossen; nun stehen staatliche Leistungen im Umfang von weiteren 150 Mio. Franken zur Diskussion. Für die SP bedeutet dies ein weiterer massiver Staatsabbau, den sie um jeden Preis verhindern will.

„St. Gallen ist unterdurchschnittlich", titelte die Ostschweiz am Sonntag gestern. Tatsächlich lagen die St. Galler Staatsausgaben pro Kopf schon vor den bürgerlichen Sparpaketen 15 Prozent unter dem Schweizerischen Mittel. „Wir wollen keinen unterdurchschnittlichen Kanton. Wir wollen wieder eine Finanzpolitik, welche allen nützt und nicht nur ein paar wenigen", sagt Monika Simmler, Präsidentin der kantonalen SP. „Deshalb wehren wir uns gegen den weiteren Staatsabbau. Diesen Staatsabbau würden viele in ihrem täglichen Leben konkret spüren. Dies zeigt auch die Aussage von Staatssekretär Canisius Braun, der eine Senkung der Individuellen Prämienverbilligungen antönte, eine Massnahme, die vor allem Familien und Wenigverdienende trifft. Die SP des Kantons St. Gallen wird weiterhin gegen diese desaströse Sparpolitik ankämpfen.

St.Gallen, 22. 04. 2013 **Weitere Auskünfte:**

- **Monika Simmler, Parteipräsidentin,**
- **Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär**

„Die SP ist die wahre Wirtschaftspartei"

Über 100 Delegierte und Gäste verabschiedeten am Parteitag der SP des Kantons St.Gallen

***Hildegard Fässler**. Die langjährige St. Galler SP-Nationalrätin fand am Samstag, 27. April noch einmal klare Worte: „Die SP ist die wahre Wirtschaftspartei der Schweiz, weil wir SozialdemokratInnen verstehen, dass Wirtschaft aus mehreren Teilen besteht." So setze sich die SP für alle Teile der Volkswirtschaft ein und nicht nur für das Portemonnaie einiger weniger, so Fässler. Ständerat Paul Rechsteiner hielt seine Hauptrede zur Verteilungsgerechtigkeit und damit ebenfalls zur Wirtschaftspolitik.*

Der ordentliche Parteitag der St. Galler SozialdemokratInnen am Samstag stand im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Mit stehenden Ovationen würdigten über 100 St. Galler GenossInnen die beharrliche Arbeit der langjährigen Nationalrätin Hildegard Fässler. 16 Jahre vertrat sie die St. GallerInnen in Bern und trat dort unter der Bundeshauskuppel „keck, eigenständig und logisch denkend" auf. So ehrte Ständerat Paul Rechsteiner Hildegard Fässlers politisches Werk. Die Friedensperiode in Europa seit dem 2. Weltkrieg sei geprägt von einer Europaweiten sozialdemokratischen Politik für mehr Chancengleichheit. Hildegard Fässler war eine hervorragende Kämpferin dieser Politik", sagte Rechsteiner. Mit ihrer Politik habe sich die Grabserin in Bern grosses Ansehen weit über die Parteigrenzen erworben. Als Präsidentin der wichtigen Kommission für Wirtschaft und Abgaben sei es etwa Hildegard Fässler gewesen, die die richtigen, kritischen Fragen gestellt habe. In der grössten Krise und im Beinahe-Kollaps des Weltkapitalismus im Jahr 2008 habe sie analytisch gedacht, während unzählige bürgerliche WirtschaftspolitikerInnen bleich und zombiehaft reagierten und so nur ihre Verflechtung mit der Schweizer Finanzwirtschaft bewiesen.

Neben Paul Rechsteiner ehrten die Nationalrätin Barbara Gysi und die Co-Präsidentin der SP Frauen, Käthi Gut, das Schaffen von Hildegard Fässler. Gut blickte auf sehr persönliche Weise zurück auf die politischen Anfänge Fässlers auf der Gemeindeebene in Grabs. Und Gysi erinnerte sich an die Zeit, da Fässler Kantonalpräsidentin der SP St. Gallen war. „Sie hat Enormes geleistet für die SP St. Gallen und später für die soziale Gerechtigkeit in unserem Land." Sie habe sich immer für die Sozialdemokratischen Ziele eingesetzt, sie habe dies ohne Scheuklappen getan, immer auf der Suche nach KoalitionspartnerInnen – und dennoch ohne faule Kompromisse einzugehen.

Hildegard Fässler selbst bedankte sich in der Aula des Hauses Stella Maris der Pädagogischen Hochschule St. Gallen in Rorschach mit kämpferischen Worten bei den GenossInnen. Sie sei stolz, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei zu sein, sagte sie. Und sie forderte: „Seid auch Ihr stolz und selbstbewusst!" Denn die SP sei die wahre Wirtschaftspartei der Schweiz. Die SP begreife als einzige Partei in der Schweiz Wirtschaft als Volkswirtschaft und also aus vielen Teilen bestehend. „Ausgleich und Umverteilung halten unser Land zusammen – und wir wagen als einzige Partei in der Schweiz, diese Begriffe auszusprechen", so Fässler.

Kampf gegen die desaströse Steuerpolitik

Es war ein Parteitag, der von kämpferischen Worten geprägt war. Schon in ihrer Begrüssungsrede ging Monika Simmler, Parteipräsidentin der SP SG, auf die Verteilungsgerechtigkeit ein. Die Themenwahl für den ordentlichen Parteitag von 2013 sei kein Zufall, so Simmler. „Die Bürgerlichen haben in den letzten Jahren alles daran gesetzt, die Verteilung von unten nach oben voranzutreiben. Mit ihrer einseitigen Klientelpolitik durch Steuererleichterungen für Gutbetuchte und Unternehmen oder durch den Abbau bei den Sozialversicherungen haben sie es geschafft, den Staatsabbau voranzutreiben." Und weiter: „Die SP hat dieser desaströsen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik den Kampf angesagt." Es gelte, mit dem Engagement der SozialdemokratInnen im Kantonsrat, in den Gemeinden, in den Sektionen und auf der Strasse endlich eine politische Wende herbeizuführen. Simmler sprach damit die Arbeit der kommenden Monate an: Im St. Galler Kantonsparlament steht im Juni das dritte Sparpaket zur Debatte und die SP wird sich auf allen Ebenen für die 1:12-Initiative, für die Mindestlohninitiative und für die AHV+-Initiative einsetzen. „Wir werden den Leuten zeigen, dass es die SP ist, die für ihre Interessen einsteht."

Auf die kantonale Sparpolitik trat auch der Vizepräsident der SP SG und der Kantonsratsfraktion SP/Grüne, Felix Gemperle, ein. Die Steuersenkungen der letzten Jahre sollen nach dem Willen der bürgerlichen Mehrheit im kommenden Juni im Kantonsrat mit dem dritten Sparpaket innerhalb zweier Jahre kompensiert werden. Gemperle: „Die SP wehrt sich gegen einen Abbau bei denjenigen, die Hilfe am nötigsten haben. Die SP wehrt sich dagegen, dass der Staat durch das Fehlen von fin-

anziellen Mitteln in vielen wichtigen Bereichen eines Staats handlungsunfähig wird. Und die SP setzt sich ein für gerechte und solidarische Steuern."

Parolen für den 9. Juni gefasst: Dreimal deutlich Nein

Am Parteitag in Rorschach fassten die SozialdemokratInnen die Parolen zu den anstehenden Abstimmungen vom 9. Juni. Mit 66 Nein-Stimmen, bei vier Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen sagen die Delegierten der SP SG Nein zur Verselbständigung der Pensionskasse. Einstimmig Nein sagen sie zur dringlichen Änderung des Asylgesetzes und ebenfalls deutlich Nein, mit 73 zu einer Stimme, sagen sie zur SVP-Initiative für eine Volkswahl des Bundesrats. Die statutarischen Geschäfte lösten bei den GenossInnen keinerlei Diskussion aus. Sie genehmigten sämtliche Jahresberichte aus den verschiedenen Unterorganisationen, SP Geschäftsleitung, Kantonsratsfraktion SP/Grüne, JUSO, SP Frauen und SP 60+ (ehemals SP SeniorInnen). Die Rechnung wurde einstimmig genehmigt und die Wahlen des Präsidiums, des Vizepräsidiums, der Geschäftsleitung, der Geschäftsprüfungskommission und der Delegierten der SP Schweiz erfolgten ebenfalls diskussionslos.

Rorschach, 27. 04. 2013 Weitere Auskünfte:
- **Monika Simmler, Parteipräsidentin**
- **Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär**

Sparpaket III:

Alle zahlen für die Vorteile einiger weniger

Heute Morgen informierte die St. Galler Regierung über ihr drittes Sparpaket innerhalb von zwei Jahren. Die einseitige Fokussierung auf Ausgabenkürzungen ist aus der Sicht der Sozialdemokratischen Partei des Kantons St. Gallen inakzeptabel.

Mit 66 Massnahmen will die St. Galler Regierung 165 Mio. Franken sparen und so den Finanzhaushalt wieder ins Lot bringen. Bei Durchsicht der „Botschaft zum Entlastungsprogramm 2013" sticht eines ins Auge: Es handelt sich fast durchwegs um Massnahmen auf der Ausgabenseite: Die St. Galler Regierung betreibt einen massiven Leistungsabbau. Auf der Einnahmeseite hingegen sind im steuerlichen Bereich keine Massnahmen geplant. Dabei steht für die SP SG schon lange fest: Die Ursache der finanziellen Misere liegt bei den Steuersenkungen der letzten Jahre für einige wenige. So fordert Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP/Grüne, dass die Regierung in der Steuerstrategie zurückbuchstabiert. „St. Gallen muss die Steuergeschenke an Unternehmen, Vermögende und Sehrgutverdienende mindestens teilweise zurücknehmen!" Und Monika Simmler, Präsidentin der SP SG hält fest: „Das Sparpaket III zeigt: Alle zahlen für die Vorteile weniger! Das ist für uns inakzeptabel!"

Inakzeptabel deshalb, weil die Berechnungen des Finanzdepartements schon ab 2015 wieder mit Ertragsüberschüssen im mittleren zweistelligen Millionen-Bereich. Das zeigt: Der geplante Leistungsabbau ist weit übertrieben. Dabei verfügt St. Gallen noch immer über einen Eigenkapitalpuffer. Die SP SG ist der Meinung, die Regierung solle zuerst diesen Spielraum ausnutzen, bevor sie sich einseitig auf einen weiteren und massiven Leistungsabbau konzentriert.

Inakzeptabel aber auch deshalb, weil dieser Leistungsabbau die Kranken und Schwachen in unserer Gesellschaft und die Jungen treffen wird, während von den Steuersenkungen der letzten Jahre immer nur einige wenige profitiert hatten. Am stärksten kritisiert die Sozialdemokratische Partei des Kantons St. Gallen folgende Sparmassnahmen:

- Leistungsabbau im Sozialbereich: Streichung der Ausserordentlichen Ergänzungsleistungen und Kürzungen der (ordentlichen) Ergänzungsleistungen
- Einsparung von 5,6 Mio. Franken bei Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung und damit Streichung von bis zu 70 Arbeitsplätzen
- Druck auf den Ausbau im öffentlichen Verkehr
- Verlagerung von Gesundheitskosten via Kürzung der individuellen Krankenkassenprämienverbilligung (IPV)
- Massiver Druck auf das Personal im Gesundheitswesen durch die Kürzung um 21 Mio. Franken des Kantonsanteils
- Bildungsabbau bei der Wirtschaftsmittelschule (WMS) und bei den Brückenangeboten
- Reduktion bei den Stipendien

SP ist vorbereitet

Mit einer Informationskampagne will die SP gemeinsam mit dem kantonalen Gewerkschaftsbund und den Grünen ihre Basis für die Themen Schweiz weite Einkommensverteilung

und kantonale Finanz- und Steuerpolitik sensibilisieren und Handlungsoptionen diskutieren. Die Akteure veranstalten in jedem Wahlkreis wischen Anfang Mai und Mitte Juni je einen Informationsanlass zur kantonalen Sparpolitik. Eingeladen dazu sind Mitglieder aber auch SympathisantInnen und weitere Interessierte. Während anderthalb Stunden werden sie Informationen zur gesamtschweizerischen Einkommensentwicklung und zur kantonalen der Finanz- und Steuerpolitik erhalten, auf die Politik der letzten Jahre im Kanton St. Gallen blicken und verschiedene Handlungsoptionen diskutieren. Als Referenten werden nationale und kantonale SP-FinanzpolitikerInnen und GewerkschafterInnen auftreten.

St. Gallen, 6. Mai 2013 **Weitere Auskünfte:**

- **Monika Simmler, Parteipräsidentin,**
- **Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP/Grüne**
- **Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär**

SP Thurgau SP

Einfache Anfrage:

„Privatisierung des Fremdsprachenunterrichts an der Kantonsschule“

Im Rahmen der Ausbildung sollen Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Romanshorn im 1. Quartal des 4. Ausbildungsjahres einen mindesten 5-wöchigen Sprachaufenthalt absolvieren. Während in früheren Jahren diese Sprachaufenthalte von der Schule organisiert und geführt wurden, sollen sie nun von den Eltern selber organisiert und auch bezahlt werden. Im Schreiben an die Eltern werden zwei Beispiele angeführt: Landdienst in der Romandie mit niedrigen Kosten und ein Intensiv-Sprachkurs mit der Austauschorganisation EF für 6'000 Franken. Der Beitrag von Schule und Kanton betrage 300 Franken.

Ich bitte den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wer hat diese neue „Organisation“ des Fremdsprachaufenthalts an der Kantonsschule Romanshorn bewilligt?
2. Wird der Fremdsprachaufenthalt an allen Kantonsschulen so „organisiert“?
3. Was sind die Beweggründe für diese neue „Organisation“?
4. Wieso soll auf die in der Vergangenheit geschätzte Begleitung durch Fachlehrpersonen ohne negative Auswirkungen auf den Lernerfolg verzichtet werden?
5. Wie ist bei einem solchen Zweiklassensystem die Chancengleichheit gewährleistet?
6. Sind weitere Massnahmen in Richtung „Individualisierung der Schulkosten“ geplant?

Zum Voraus besten Dank für die Beantwortung.

Arbon, 17.4.13 **Peter Gubser**

vorarlberg SPÖ

Ein Treffen mit dem Kanzler

Das gibt es nicht alle Tage. Ein ungezwungener small talk mit einem sozialdemokratischen Bundeskanzler, und das ganz nahe am Bodensee. In Deutschland gibt es noch eine Bundes-Kanzlerin (von der CDU), die sich am See bisher kaum hat blicken lassen, und unsere Schweizer Nachbarn haben auch eine Bundeskanzlerin, sie heißt **Corina Casanova** und ist von der CVP. Ob sie schon mal am zweitgrößten Binnensee in Mitteleuropa war? Bestimmt. Vor acht Jahren hat der Schröder mal am Bodensee Wahlkampf gemacht, an der Häfler Uferpromenade gleich beim Gondelhafen, am 26. August 2005.

Jetzt machte der österreichische Bundeskanzler **Werner Faymann**, ein Sozialdemokrat, Station im Bregenzer Festspielhaus, in der Werkstattbühne. Zwischen dem Rock`n Roll-Revival der Band „The Monroes“ (Hang on snoopy) und den “Mayrhofenern” vom Zillertal sprach der Bundeskanzler zu den über 500 Zuhörer/innen, auch zu Ramazan. Auch der frühere Bregenzer Bürgermeister Norbert Neururer mit seinen 87 Jahren war zugegen, Bürgermeister von 1988 bis 1990, auch der Vorarlberger SPÖ-Nationalrat Elmar Mayr aus Götzis, die SBI-Vizepräsidentin Olga Pircher, die Vizepräsidentin der Arbeiterkammer, Manuela Auer, und zwei fesche Damen von der SPÖ Hohenems, die dem Roten Seehas

noch Anekdoten über ihren Parteifreund Arnulf Häfele erzählen konnten. Der SPÖ-Landesvorsitzende Michael Ritsch, der vergeblich um das Amt des Stadtoberhauptes in Bregenz einst kämpfte und heute Clubobmann der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten im Landhaus in Bregenz ist, lud das Publikum ein zum Mitmachen bei der Aktion „Jass den Ritsch“, eine Tour durch die Vorarlberger Lokale und Beizen. Und wer gegen den prominenten Genossen gewinnt, wird für zwei Tage zu einer Reise nach Wien eingeladen. Ansonsten ist ihm derzeit, wenige Monate vor der österreichischen Nationalratswahl am 29.September, vor allem ein Thema wichtig:
Die Wohnungsnot!

Der Bundeskanzler lobte zunächst die „großartige Jugendbeschäftigung“ im Ländle. Vorarlberg weist gegenwärtig die geringste Jugendarbeitslosigkeit unter den österreichischen Bundesländern auf. Auf der anderen Seite, so gab er zu bedenken, sind über 7 Millionen junge Leute in ganz Europa ohne Arbeit. Werner Faymann warnte vor einer Neuauflage einer schwarz-blauen Bundesregierung in Wien, die trotz Hochjunktur in den Nachbarländern einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Alpenrepublik zugelassen habe. Der Bundeskanzler sagte den internationalen Finanzmärkten den Kampf an, die die Steuerzahler dafür büßen lassen, wenn sie sich verspekuliert haben in ihrer Geldgier. Und: „Wir brauchen keine **menschenunwürdigen Arbeitsverhältnisse**, keine Dumpinglöhne, keine Abhängigkeit von gut gefüllten Kreditkarten, wenn **hochbetagte** Seniorinnen und Senioren operiert werden sollen“. Das Land Österreich, Europa und die gesamte Welt müssten „noch ein ganzes Stück gerechter werden!“ Ganz klar: Wir müssen mehr in die Bildung und in ganztägige Schulformen investieren! Damit dann die wirklichen Leistungsträger/innen, die gut ausgebildeten Facharbeiter/innen, nicht die Finanzhaie, die Wertschöpfung voranbringen, von dem der Sozialstaat abhängt. Nach dem langen Beifall der Zuhörer nahm sich der Bundeskanzler noch viel Zeit, zusammen mit Michael Ritsch und Elmar Mayr (Reinhold Einwalllner war zeitweise auch dabei) durch die Reihen im ganzen Saal durchzugehen und mit den Leuten zu plaudern und da und dort auch manches Anliegen mitzunehmen nach Wien. Bei Ramazan erkundigte er sich zudem nach der augenblicklichen Befindlichkeit in der deutschen Schwesterpartei, der SPD. Die Unterhaltungen in der „Werkstattbühne“ im Festspielhaus waren bei diesem Rundgang etwas beeinträchtigt durch die laute Volksmusik mit Jodel-Episoden der Zillertaler Musikanten. „Was ist der Unterschied zwischen einem Musikanten und einem Politiker?“ Der Politiker braucht Hunderttausende von Stimmen, dem Musikanten reicht eine, seine eigene! Das verriet Erwin Aschenwald, der Senior in dieser fetzigen Musik-Truppe. Wer sie sehen und hören will, kommt zu ihren Konzerten, die auch vom Fernsehen übertragen werden, oder schnorrt ihre Musik bei youtube.

Foto: DSC 9286/SPÖ/Thomas Jantzen
Im Bild: eine Vorarlbergerin mit Kanzler Faymann, Mitte: Elmar Mayr, NR

Im Augenblick liegt die SPÖ bei den Wahlumfragen bei 28 Prozent, besser als die deutsche SPD jedenfalls, vor der ÖVP (25%), der FPÖ (19%), den Grünen mit 13 Prozent. Es sieht also gar nicht so schlecht aus. Mit einem zünftigen Pizza-Essen irgendwo in der Bregenzer City geht der Abend für den Roten Seehas ganz entspannt zu Ende. Es hat sich gelohnt.

W.Bernhard

1. Mai-Feier 2013 im Bregenzer Hafen

„Hoch der 1.Mai!“ Weithin sichtbar lädt die lange rote Kunststoff-Bandarole an der Ostseite des großen Festzeltes im Bregenzer Hafen zur Teilnahme an der 1.Mai-Feier ein. Veranstalter ist jedes Jahr der SPÖ-Landesverband Vorárlberg, nicht- wie am deutschen Seeufer-die Gewerkschaften. Das Festzelt ist bis auf den letzten Platz besetzt, nicht wenige Linke nehmen mit den runden Stehtischen zwischen Festzelt und Hafenmauer vorlieb. **Michael**

Ritsch, der SPÖ-Landesvorsitzende, und seine Mandatare-Kolleg/innen, also der Nationalrat Elmar Mayer (Götzis), der heuer im September wieder ins Wiener Bundesparlament gewählt werden will, die junge Landtagsabgeordnete Mirjam Jäger-Fischer, ebenfalls aus Götzis, seit 2006 im Bregenzer Landtag, und ihre Landtagskollegin Dr. Gabriele Falschlunger-Sprickler (Dornbirn), unterstützt vom früheren Bundesrat und jetzigen SPÖ-Landesgeschäftsführer Reinhold Einwallner: sie kommen mit dem Verteilen der roten Nelken an die überwiegend älteren Besucher/innen der Mai-Kundgebung kaum nach. Wenn ein Preis verliehen sollte, dann müsste dieser nach Bregenz gehen! Warum? Maikundgebungen gibt es rings um den See noch ein paar andere, aber nur in Bregenz denkt man an die Zukunft der Arbeiterbewegung, an die Kinder und Enkel. Dank der SPÖ-nahen „Kinderfreunde Vorarlberg“ machen die Kinder mit riesiger Freude Gebrauch von den drei Hüpfburgen, einer gemütlichen Bimmelbahn, einer Schmink-Theke, einer Baustelle mit Lego-Bausteinen und einem Servicepoint für rote Luftballons.

Nach den einstimmenden Rhythmen der **Tanz- und Partyband „taktvoll“** aus Hohenweiler übernimmt Michael Ritsch das Saalmikrophon im Festzelt und begrüßt die vielen Besucher/innen und Ehrengäste. Er macht nebenher, neben seinen Aufgaben als Landespolitiker und als Mitglied des SPÖ-Bundesparteivorstandes, gerade eine außergewöhnliche Jass-Tour durchs Ländle. „Mit Michael Ritsch jassen und gewinnen!“ steht in der „Jass-Zitig“, in der vom 23.April bis zum 27.Juni 15 Termine angegeben sind: von Feldkirch bis Hörbranz, wo der SPÖ-Landeschef in gemütlichen Gasthäusern jeweils gegen 2 Jasser zum Kartenspielen antritt. Wer gegen Ritsch gewinnt, wird für 2 Tage in die Bundeshauptstadt Wien eingeladen. Gewinnt Ritsch, darf sich eine soziale Einrichtung in Vorarlberg über die namhafte Euro-Geldsumme freuen. Für 5 Euro Startgeld gibt es auch noch einen Imbiss-Gutschein zur Stärkung in dem betreffenden Lokal. Keine Frage: Michael Ritsch kommt dabei mit vielen sozialbenachteiligten und sonst armutsgeschädigten Vorarlberger/innen ins Gespräch und erfährt dabei hautnah, wie es um die soziale Lage im Ländle wirklich steht. Zu hoffen ist nur, dass die SPÖ bei der **Nationalratswahl im September** und nächstes Jahr bei der Landtagswahl in Vorarlberg an Wähler-Stimmen und Mandaten zulegen kann. Michael Ritsch prangert im SPÖ-Festzelt im Bregenzer Hafen zum Einen die skandalös gestiegenen Mietpreise (700 Euro für eine kleine Zwei-Zimmer-Wohnung!) und zum Anderen die schäbig geringen Löhne der Anwalts- und Arztgehilfinnen an (netto knapp über 1 000 Euro) und fordert einen kollektivvertraglich abgesicherten Mindestlohn von 1 500 Euro für diese abhängig Beschäftigten in Anwaltskanzleien und Arztpraxen in Vorarlberg.

Nach der kurzen Ansprache von Michael Ritsch finden warme Sonnenstrahlen ihren Weg ans Ost-Ufer des Bodensees. Und im Festzelt wächst die Spannung: Als Hauptrednerin für diesjährigen 1.Mai-Kundgebung ist die junge erfahrene Gewerkschafterin und jetzige Vizepräsidentin der Arbeiterkammer, **Manuela Auer** (seit 2004), **SPÖ-Nationalratskandidatin im Süden Vorarlbergs**, angesagt. Die Bludenzer Löwin (so steht`s auf ihrer Homepage), hat vor 34 Jahren zum ersten Mal aufgeregt an einer 1. Mai-Feier teilgenommen und hat extra das 1 .Mai-Abzeichen in das blaue Gewerkschaftshemd der Eisenbahnergewerkschaft eigenhändig eingenäht. Sie erwähnt in ihrer Rede, dass Ende des 19. Jahrhunderts Schneider- und Schuhmacher-Gehilfen am 1. Mai sich zu der Mai-Kundgebung treffen wollten. Ihre Arbeitgeber wollten sie daraufhin kurzerhand entlassen. Nach einer Zeitungsannonce in Tiroler Blättern, wonach in Vorarlberg die Textilbetriebe schließen müssen (wenn ohne Belegschaft), haben die Arbeitgeber die zunächst gekündigten Arbeiter notgedrungen wieder eingestellt. 50 000 Menschen leben heutzutage(2013) in Vorarlberg unter der Armutsgrenze, über 11 000 davon sind Pensionisten, weiß Manuela Auer. Und sie versteht es nicht, dass der Chef der österreichischen Post selbstgerecht die Steigerung seines 5-Millionen-Euro-Einkommens verteidigt, während die Briefträger mit einem schmählichen Hungerlohn von knapp über 1 350 Euro brutto zurecht kommen müssen. Da wird sogar die Mikrophon-Umhüllung der ORF-Fernsehreporterin rot. „Wir brauchen Löhne, von denen die Menschen leben können…“ fordert Manuela Auer und weist auf die wachsende Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit in Europa hin. Schade nur, dass im Festzelt außer dem Beifall für diese Mahnungen keine Initiative erkennbar ist, etwas Konkretes zu unternehmen zur Hilfe für die jungen Leute in etlichen europäischen Ländern, die lange Zeit keinen Einstieg in die Erwerbsarbeit finden. Letztes Jahr

war der österreichische **Alt-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer** (SPÖ) Hauptredner bei der Bregenzer 1.Mai-Kundgebung. Auch er trat vehement für ein soziales Europa ein, wie jetzt die Arbeiterkammer-Vizepräsidentin Manuela Auer. Traditionell singt die Versammlung zum offiziellen Ende der Kundgebung das ***„Lied der Arbeit***“: ***Stimmt an das Lied der hohen Braut, die schon dem Menschen angetraut, eh´ er selbst Mensch ward noch. Was sein ist auf dem Erdenrund, entsprang aus diesem treuen Bund. /:Die Arbeit hoch!:/ Und wie einst Galilei rief, als rings die Welt im Irrtum schlief: „Und sie bewegt sich doch!“, so ruft: „Die Arbeit sie erhält, die Arbeit, sie bewegt die Welt!“ /:Die Arbeit hoch!“*** Schlagzeile der Neuen Vorarlberger Tageszeitung zum 1.Mai 2013: „Roboter statt Arbeiter- ferngesteuerte Fabriken und das Ende der Arbeiter…..“(100 Jahre Fließband-Henry Ford)

Einiges Aufsehen erregt in Bregenz auch der **Demonstrationszug** mit Fahnen und Parolen von der Kommunistischen Partei, den Jungsozialisten und Gruppierungen der Türken und Kurden vom Bahnhof bis zum Festzelt der SPÖ in der Mittagszeit.

Auf den Bildern: die Hauptrednerin Manuela Auer, der SPÖ-Landesvorsitzende Michael Ritsch, Landesgeschäftsführer SPÖ Vorarlberg Reinhold Einwallner (copyright: SPÖ Vorarlberg)

Manuela Auer hat im vergangenen März eine aktuelle Online-Petition gestartet, die eine Begrenzung von Millionen-Gagen und Boni in den Vorstandsetagen nach dem erfolgreichen Beispiel der **Abzocker-Volksinitiative in der Schweiz** zum Ziel hat. „Es ist nicht länger hinnehmbar“, sagt sie bei der 1. Mai-Kundgebung, „dass sich die Wirtschaftsbosse ungeniert bedienen, während immer mehr Beschäftigte von ihrem Einkommen nicht mehr leben können.“ Die Bedürfnisse der Beschäftigten müssten wieder mehr in den Vordergrund gerückt werden in der öffentlichen Meinung im Interesse eines besseren sozialen Ausgleichs, der der um sich greifenden Armutsfalle vieler Pensionisten, vieler Arbeitnehmerfamilien und Arbeitslosen entgegenwirken soll. Und es sei höchste Zeit, dass jene, die die derzeitige Finanzkrise in ihrer krankhaften Gier verursacht hätten, endlich an den Kosten zu deren Überwindung beteiligt werden. Dies sei, so Auer, auch Sinn und Zweck der **europaweiten Finanztransaktionssteuer**, die hoffentlich bald in Kraft treten werde. Und es sei Tatsache, dass auch in Österreich die Ungleichheit weiter ansteige: zwischen dem Vermögen, das sich in den Händen weniger konzentriere, und dem „ausblutenden“ Mittelstand und der wachsenden Zahl von Menschen unter der Armutsgrenze. „Die Vermögenssteuer muss her“, appellierte Manuela Auer unter lebhaftem Beifall der Zuhörenden im Festzelt an die Wiener Bundesregierung und an den SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann, der erst vor einigen Tagen der SPÖ Vorarlberg in Bregenz im Rahmen seiner Kanzler-Tour durch die Bundesländer in der Alpenrepublik einen Besuch abgestattet hat.

W.Bernhard

Der Clubobmann der SPÖ-Landtagsabgeordneten im Vorarlberger Landtag in Bregenz, **LAbg. Michael Ritsch**, lädt zum munteren Jass-Turnier. In zahlreichen Gasthäusern quer durch`s Ländle. Er meint, dass Taschenspielertricks nicht in die Politik gehören. Und natürlich kann man zwanglos mit dem SPÖ-Politiker Michael Ritsch sprechen, auch über Politik. **www.jass-mich.at**

Private PflegerInnen und öffentlich Bedienstete finanziell gleichstellen

Mindestlohn von 1.500 Euro brutto im KV regeln

Die Forderung der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp) nach einem allgemeinen Mindestlohn von 1.500 brutto für die MitarbeiterInnen im privaten Sozial- und Pflegebereich wird von SPÖ-Clubobmann **Michael Ritsch** voll unterstützt. Michael Ritsch richtet zudem

den Appell an Landeshauptmann Markus Wallner aktiv zu werden und sich für den Sozialbereich im Land einzusetzen.
„Schließlich sind die Angestellten im Sozial- und Pflegebereich in ganz Vorarlberg für die Menschen im Einsatz. Dabei darf es bei der Entlohnung keine Rolle spielen, ob diese privat angestellt oder in einem öffentlichen Unternehmen beschäftigt sind“, findet der SPÖ-Chef.

Michael Ritsch fordert deshalb eine finanzielle Gleichstellung der öffentlich und privat Angestellten des Sozial- und Pflegebereichs. „Es geht hier in erster Linie um die Wertschätzung der Pflegerinnen und Pfleger in Vorarlberg, aber auch darum, dem Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal gegenzusteuern“, so Michael Ritsch.

SPÖ-Express **18.04.2013**

Woran unser Spitalswesen krankt

Zusammenfassung der heutigen Pressekonferenz mit Manuela Auer

„Es ist leider so, dass immer wieder Missstände und unhaltbare Zustände in Heimen und Spitälern zu Tage gefördert werden. Es handelt sich dabei aber nicht um einzelne Ausreißer und/oder bedauerliche Einzelfälle, sondern um die Folgen einer zu sparsamen und unverantwortbaren Personalpolitik“, erklärt AK-Vizepräsidentin Manuela Auer anlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz mit BetriebsrätInnen aus den Landespitälern und SP-Clubobmann Michael Ritsch.

Diese absolut unbefriedigende Situation sei nicht neu und schon gar nicht unbekannt. „Auch unsere BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen haben wie z. B. in Rankweil immer wieder darauf hingewiesen, leider vergebens“, ärgert sich die AK-Vizepräsidentin. Der jetzt mit dem Bekanntwerden der Missstände entstandene (Image-)Schaden für PatientInnen, MitarbeiterInnen und betroffenen Einrichtungen sei um ein Vielfaches größer als die Kosten zur Beseitigung der Mängel. Das hätten ganz klar allein die Zuständigen zu verantworten, stellt Auer klar.

Personalmangel beseitigen
„Arbeitszeitüberschreitungen, zum Teil nicht bezahlte Überstunden und chronische Überlastung sind auch an Vorarlberger Krankenhäusern leider keine Seltenheit“, sagt Thomas Steurer, Betriebsratsvorsitzender am LKH Bregenz. Für den Personalvertreter ist klar: „Wir brauchen mehr Personal!“.
Notwendig sei dies auch, da die Zahl der Pflegefälle weiter steige und auch der Aufwand am Patienten heute „deutlich höher ist“. Hinzu komme, dass in Vorarlberg mit wenig Personal viele PatienInnen betreut werden. So fallen etwa in Oberösterreich auf ein Bett 1,55 PflegerInnen, während es in Vorarlberg nur 0,94 sind. Angesichts dessen dürfe man sich nicht wundern, wenn es häufig zu Ausfällen komme „und die Mitarbeiter selbst krank werden“, betont Steurer.

Letztendlich, so der Betriebsrat, komme man nicht umhin, mehr Personal einzustellen. Nur so könne dem ständig steigenden Druck und den Herausforderungen im Gesundheitsbereich dauerhaft begegnet werden.

Brauchen praktikable Lösungen
Für Rudi Weberndorfer, Betriebsrat am Landeskrankenhaus Rankweil, ist es wichtig, die Bedürfnisse der Beschäftigten wieder ernst zu nehmen, offen und respektvoll miteinander umzugehen. Genau dies sei aber nicht der Fall gewesen. „Auch in Rankweil führt einfach kein Weg an einer möglichst raschen personellen Aufstockung vorbei“, stellt Weberndorfer klar.

Die von der Krankenhausbetriebsgesellschaft vorgeschlagene Reduktion der Betten auf der kritisierten Station wäre vorübergehend eine durchaus sinnvolle Lösung. Langfristig gesehen aber müsse mehr Personal bereitgestellt werden, damit für die geplante Patientenreduktion in den einzelnen Stationen und die gleichzeitige Erweiterung der Stationen von 3 auf 4 von vornherein genügend Pflegekräfte vorhanden seien. Andernfalls würden die Probleme nicht behoben, sondern nur verschoben werden. „Denn an der Zahl der zu pflegenden Personen ändert sich ja nichts“, so der Personalvertreter.

Probleme hausgemacht
„Viele der Probleme in den Krankenhäusern sind hausgemacht und auch Folge von politischen Fehlentscheidungen“, meint auch Elke Zimmermann, Betriebsratsvorsitzende am Landeskrankenhaus in Bludenz. Dies betreffe beispielsweise den Bereich der Ausbildung. So habe das Land Vorarlberg die Förderungen für die Hebammenausbildung und die Ausbildung zur/zum Röntgenassistent/in in Innsbruck ein-

gestellt. Die Folge seien deutlich weniger AbsolventInnen und ein daraus resultierender Fachkräftemangel in den Vorarlberger Spitälern.

Positiv bewertet Zimmermann, dass an der Krankenpflegeschule in Feldkirch statt einem nun zwei Lehrgänge im Jahr gestartet werden. Allerdings komme diese Maßnahme auf Grund des akuten Personalmangels und der Dauer der Ausbildung „viel zu spät".

Standards vereinheitlichen
Ein weiteres Problem sieht Zimmermann in der Ungleichbehandlung der MitarbeiterInnen: „Je nach Spital gibt es da nicht nachvollziehbare Unterschiede". Es sei beispielsweise überhaupt nicht einzusehen, warum die Beschäftigten in Bludenz für vorgeschriebene Fortbildungsseminare ihren regulären Urlaub oder ihre Zeitausgleichsstunden opfern müssten, während dies in anderen Häusern nicht der Fall sei. „Diese Ungleichbehandlung muss abgeschafft werden. Wir fordern einheitliche und transparente Regelungen", so Zimmermann.

„Neue Arbeitszeiten erforderlich"
Markus Kohler, Betriebsratsvorsitzender im Landeskrankenhaus Feldkirch, sieht vor allem im Bereich der Arbeitszeiten großen Handlungsbedarf. „Viele der geltenden Arbeitszeitmodelle sind 20 Jahre oder älter und entsprechen in keiner Weise mehr den veränderten Rahmenbedingungen im Gesundheitsbereich", so Kohler. Dies betreffe vor allem die verlängerten Dienste, die oftmals 24 Stunden dauern würden. Das Problem: „Auf Grund der Arbeitszeiten können die gesetzlich vorgesehenen Ruhezeiten oftmals nicht eingehalten werden", kritisiert Kohler. Für die Beschäftigten sei dies Stress und eine große Belastung. 24-Stunden-Dienste müssten überhaupt „die Ausnahme sein" und sich auf einige wenige Bereiche beschränken.

Nachhaltige und flexible Lösungen fordert Kohler auch für die älteren ArbeitnehmerInnen. So brauche es alternsgerechte Arbeitsplätze und Dienstpläne, die den veränderten Bedürfnissen der älteren Beschäftigten in den Krankenhäusern entgegen kommen. Positives Beispiel ist für Kohler die in den Landeskrankenhäusern eingeführte „50+ Regelung" für Ärzte. Dieser zu Folge erhalten Mediziner im Alter von 50 und mehr Jahren zwei zusätzliche Stunden Ruhezeit pro Dienst. Für Kohler ist das „sinnvoll und wichtig". Die Regelung müsse daher für alle Beschäftigten gelten.

Handeln der Politik notwendig
„Der Hilfeschrei der Betriebsräte der Vorarlberger Landeskrankenanstalten wird hoffentlich auch von der Landesregierung gehört. Wir haben in der Person von Dr. Gabi Spricklerin Falschlunger eine Expertin, die schon viele Jahre auf diese Missstände hinweist", meint SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch.

Mit fast 40 parlamentarischen Initiativen in den Bereichen Gesundheit und Pflege seit Beginn dieser Legislaturperiode habe man immer wieder auf die drängendsten Problem hingewiesen. Sei dies der Fachärztemangel, der Mangel an Pflegepersonal und die damit verbundenen Mehrbelastungen oder auch die Abgeltung der Ärzteschaft und des Pflegedienstes.

„Gerade das jüngste Beispiel der Fixierung von Patientinnen und Patienten auf der Gerontopsychiatrie am LKH Rankweil zeigt, dass umgehend gehandelt werden muss. Deshalb haben wir auch in diesem Zusammenhang bereits parlamentarisch reagiert und einen entsprechenden Antrag eingebracht", schließt der SPÖ-Clubobmann.

SPÖ-Express **18.04.2013**

Der Schein-Föderalist Markus Wallner

SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch:

„Kampf um Kompetenzen des Landes-Verwaltungsgerichtes ist ein Scheingefecht Wallners"

„Noch Anfang März kündigte Landeshauptmann Markus Wallner an, dann ein Veto einzulegen, wenn inhaltliche Materien vom Landes-Verwaltungsgericht zum Bundes-Verwaltungsgericht übertragen werden sollen. Aus dem Über-Föderalisten Markus Wallner ist heute im Rechtsausschuss aber ein Schein-Föderalist geworden", so SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch zum Verhalten Wallners im Rechtsausschuss.

Die ÖVP habe zwar in einem schön formulierten Antrag gefordert, dass es keine weiteren Zuständigkeitsübertragungen an das Bundes-Verwaltungsgericht geben soll. Als es aber konkret wurde, machten die ÖVP und Markus Wallner aber einen Rückzieher. Dazu der SPÖ-

Clubobmann: „Es bestand der Wunsch seitens der Opposition, dass es konkret zu keiner Übertragung der Sozialversicherungsagenden an das Bundesverwaltungsgericht kommt. Eigentlich genau das, was die ÖVP im Antrag fordert, nur eben konkretisiert. Genau dies wurde von der ÖVP abgelehnt."

Es zeige sich einmal mehr, dass Landeshauptmann Markus Wallner seine Haltung ändert, sobald er durch den Arlbergtunnel durch ist. Dazu meint Michael Ritsch abschließend: „In Vorarlberg lässt man den großen Föderalisten raushängen, in Wien ist man ein braver ÖVP-Parteisoldat."

SPÖ-Express **24.04.2013**

SPD Kreis BC
MdB Martin Gerster

SPD-Ortsverein Biberach

Mitgliederversammlung besetzt drei Vorstandsposten neu

UMMENDORF – Die stellvertretende Biberacher SPD-Ortsvereinsvorsitzende Edith Tröndle-Masch aus Maselheim ist jetzt zusätzlich zur Kassierin gewählt worden. Sie bekam bei der Mitgliederversammlung in Ummendorf die Stimmen aller Anwesenden. Ihr Vorgänger Edwin Seibold hatte das Amt aus privaten Gründen abgegeben.

In seinem Rückblick lobte Ortsvereinsvorsitzender Werner Drews die akribische Arbeit Seibolds, der „gefühlt schon ewig" Kassier gewesen sei. Nach der einstimmigen Entlastung des Kassiers durch die Mitglieder schaute Drews nach vorne: „Dieses Jahr steht die Bundestagswahl vor uns, nächstes Jahr die Kommunalwahl." Neben dem Bundestagswahlkampf wolle die SPD zusammen mit den Biberacherinnen und Biberachern in einer Veranstaltungsreihe zu zentralen Themen Zukunftsperspektiven der Stadt entwickeln: „Was müssen wir erhalten, was wie weiterentwickeln, damit es allen gut geht?"

Beim Auftakt der Reihe am 17. April ab 18.30 Uhr im Volksbanksaal mit der Redakteurin und Buchautorin Petra Pinzler zum „Bruttosozialglück" werden anschließend die weiteren Themen skizziert und mit dem Publikum ebenfalls andiskutiert: Wirtschaft, Betreuung/Bildung, Wohnraum/Soziales, Zivilgesellschaft/Integration und Umwelt/Nachhaltigkeit. An fünf folgenden öffentlichen Terminen vor der Kommunalwahl werden diese Bereiche vertieft besprochen und die Ergebnisse sollen ins Wahlprogramm der Biberacher SPD einfließen. Mit der Veranstaltungsmoderation wurde der stellvertretende SPD-Ortsvereinsvorsitzende Robert Egle betraut.

Ein weiterer Fixpunkt dieses Jahr für die SPD sei das 150-jährige Parteijubiläum. „Dazu erwarten wir hier in der Gigelberghalle am 4. Mai um 20 Uhr den ehemaligen Parteivorsitzenden und Vizekanzler Franz Müntefering zur zentralen Festveranstaltung in der Region", erläuterte Drews. Zudem eröffne der Ortsverein am 6. Mai um 18 Uhr im Biberacher Rathausfoyer eine Ausstellung zur Geschichte der örtlichen SPD.

Einen humorvollen Jahresrückblick im Spiegel politischer Karikaturen bot zur Erheiterung der Versammlung Dr. Alfons Siegel. Kompakt in einer halben Stunde zeigte er in Beispielen, wie Themen, Parteien und Skandale 2012 zeichnerisch aufs Korn genommen wurden. „Karikaturen bringen es auf den Punkt, müssen aber nicht wahrheitsgetreu sein, sondern bieten Denkanstöße", erklärte der Politologe.

Schließlich ehrte die Versammlung Hermann Kienle, Christa Radszuweit und Susanne Gerster für jeweils 25 Jahre SPD-Mitgliedschaft und vergab zwei Beisitzerposten neu: Für die ebenfalls aus privaten Gründen ausgeschiedene Jenny Enke bekam der Biberacher Rechtsanwalt Manuel Trautwein bis auf eine alle Stimmen der Anwesenden; außerdem rückte der DGB- und Ver.di-Kreisvorsitzende Johannes Gerster aus Ringschnait für den aus gesundheitlichen Gründen ausgeschiedenen Wolfgang Pratzwich nach. Der gesamte elfköpfige Vorstand wird laut Satzung wieder Anfang 2014 turnusgemäß für zwei Jahre neu gewählt.

10.04.2013 **Wolfgang Heinzel**
SPD-Ortsverein

Weg vom Wachstumswahn

Buntes Podium beschert dem SPD-Ortsverein Biberach vielschichtige Diskussion

BIBERACH (zel) – Vertreter der wichtigsten Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens hat jetzt der SPD-Ortsverein im Biberach-

er Volksbanksaal zusammenbringen können. Durchaus gegensätzliche Stellungnahmen gab es beispielsweise vom Biberacher Metallunternehmer Arthur Handtmann und der Berliner Zeitungsredakteurin Petra Pinzler.

auf dem Podium von links: Handtmann, Balensiefen, Özkeles, Imlau, Grundler, Pinzler, Egle.

Zum zweiten Mal in Biberach, zollte die Redakteurin der Stadt gleich ein Lob: „Auf dem Marktplatz kann man sich setzen ohne konsumieren zu müssen, das ist in den großen neuen Shoppingmalls überall nicht mehr gewollt." Kontrovers in der Diskussion wurde es dann mit ihrer Feststellung, dass Glück sich nicht länger übers Immer-mehr definieren könne. „Die Forscher wissen, dass Glück voraussetzt Zeit zu haben, dazuzugehören, gesund zu sein, mitzuentscheiden und sich für andere einzusetzen", so Pinzler, „aber wir stecken in der Statusfalle, denn wir strampeln uns ab fürs gekaufte Prestigeobjekt, beispielsweise das große Auto."

In der anschließenden Podiumsdiskussion, die der stellvertretende Biberacher SPD-Ortsvereinsvorsitzende Robert Egle leitete, nahm das Autozulieferer Handtmann nicht widerspruchslos hin: „Wir versuchen durch Wachstum wieterzukommen und uns und den Mitarbeitern das Überleben zu sichern." Er habe noch keine Firma gefunden, die kleiner werde ohne den Mitarbeitern zu schaden. Die Natur wachse auch, aber Grenzen müsse man anerkennen, war sich Handtmann andererseits sicher: „Wir müssen uns fragen, wie weit reichen die Rohstoffe?"

Auf die anschließende Frage von Egle an Podiumsteilnehmer Peter Grundler, wo im wohlhabenden Landkreis Biberach die Schattenseiten seien, erwähnte der Caritas-Regionschef unter anderem, dass es über 2000 Niedriglohnbezieher gebe, die auf 900 Euro netto pro Monat bei 50 Stunden Arbeit pro Woche kämen: „Die brauchen Sozialtransfer, um ihre Familien zu unterhalten und dann heißt's, die schaffen nix, weil sie zum Amt gehen." Bildung sei die Schlüsselqualifikation, um nicht in dieser Falle zu landen. „Wir können im demografischen Wandel auf keinen verzichten", erklärte Grundler.

„Angesichts der Demografie braucht Deutschland Zukunftsfähigkeit durch Bildung", stimmte Sabine Imlau, Rektorin des Biberacher Pestalozzigymnasiums, zu. An ihrer Schule versuche man das Bewusstsein für ein sinnvolles Leben zu schaffen und frage sich: „Wie können wir die jungen Leute selbstbewusst, glücklich und gesellschaftlich nützlich machen?"

„Die Jugend ist weiterhin sehr politisch", sagte dazu Simon Özkeles, Kreisvorsitzender der Jungsozialisten. Sie wolle mitbestimmen und nicht von oben herab behandelt werden. „Das Bedürfnis nach mehr direkter Demokratie ist sehr stark", stellte er klar und nannte als Positivbeispiele die Beteiligung am Biberacher Jugendhauskonzept oder jetzt sich mit 16 an den Kommunalwahlen beteiligen zu können. Wichtig sei für junge Leute die klare Ansage: „Wir als Politiker wollen auf Euch zugehen."

Auf die Publikumsfrage, wie den immer wieterwachsenden Standards entgegenzuwirken sei, hatte Hauptreferentin Pinzler kein Patentrezept zu bieten: „Ich bin für Evolution statt Revolution und deshalb müssen wir die Lebensqualität vom Wirtschaftswachstum entkoppeln." Wachstumskritik dürfe jedoch nicht in die Deindustrialisierung führen, sagte dazu der Biberacher Hochschulprofessor Gotthold Balensiefen. Auch alternative Energieerzeugung koste Ressourcen: „Wir sollten schauen, wo es in der Wirtschaft Bereiche gibt, die sehr wohl wachsen sollen?" „Es geht um ein gutes Leben, dazu sind Politik und Wirtschaft da", stellte Pinzler fest.

Die Diskussion müsse weitergehen auch in Biberach, so SPD-Ortsvereinsvorsitzender Werner Drews, und kündigte für die Zeit nach Pfingsten die nächste vertiefende Veranstaltung an.

23.04.2013 **Wolfgang Heinzel**
Pressearbeit SPD-Ortsverein Biberach

Kleines Parlamentsjubiläum für Martin Gerster:

50 Reden im Plenum

Berlin (age) – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** freut sich, von seiner Fraktion auch in der laufenden Sitzungswoche als Redner ins Rennen geschickt zu werden. Nachdem er in der vergangenen Woche bereits seinen fünfzigsten Wortbeitrag ins Plenum eingebracht hatte, soll er in dieser Woche zum aktuell heiß diskutierten Thema Steuerkriminalität sprechen.

„Es war schön, meine fünfzigste Rede vor heimischen Publikum zu halten", so Gerster mit Blick auf seinen Einsatz in der vergangenen Woche, den eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis direkt vor Ort im Plenarsaal miterleben konnte. „Das Parlament lebt für mich von der lebendigen Debatte", betont der 41-jährige Sozialdemokrat. Bei seinen Reden versuche er deshalb, möglichst frei zu sprechen, so wie es die Geschäftsordnung des Bundestages eigentlich vorsehe.

Und ergänzt augenzwinkernd: „Schade nur, dass es bis zur Bundestagswahl vermutlich nicht reichen wird, um die Hundert voll zu machen."

23.04.2013 Alex Geisler, Büro Berlin, M. Gerster, MdB

Martin Gerster begrüßt Genehmigungen für weitere Ganztagsschulen

Berlin (age) – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** hat die Entscheidung des baden-württembergischen Kultusminister Andreas Stoch (SPD) begrüßt, 95 weitere Ganztagsschulen zu genehmigen. „Auch in Oberschwaben kommen wir damit dem Ziel eines flächendeckenden Ganztagsschulangebotes einen wichtigen Schritt näher", so Gerster.

Im Bereich der Grundschulen werden neue Ganztagsschulangebote an der Gebhard-Müller-Schule in Eberhardzell, der Drümmelbergschule in Bad Schussenried und der Abt-Ulrich-Blank-Schule in Uttenweiler geschaffen. Hinzu kommen die GHS Mittelbiberach und der Realschule Tettnang hinzu als Haupt- und Realschulen. Ein weiterer genehmigter Antrag auf Erweiterung des Ganztagsschulangebotes betrifft das Gymnasium Ochsenhausen.

Aus Sicht Gersters ist besonders erfreulich, dass das Ganztagsangebot vor allem im Bereich der Grundschulen gestärkt wird: „Gerade in den ersten Schuljahren sind Ganztagesangebote wichtig, um die Kinder besser zu fördern und mehr Chancengleichheit im Bildungssystem zu schaffen".

26.04.2013 Alex Geisler, Büro Berlin, M.Gerster, MdB

Wählen ab 16 bei Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Die Jusos Kreis Biberach kämpfen schon seit langem für mehr politische Teilhabe von Jugendlichen. Umso erfreulicher ist die Entscheidung des Landtages von Baden-Württemberg, das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre zu senken. „Die Senkung des Wahlalters eröffnet vielen Jugendlichen die Möglichkeit, sich aktiv in die Politik einzubringen. Es macht uns stolz, dass auch durch unser Engagement schon bei der Kommunalwahl 2014 Jugendliche unter 18 Jahren an der Wahl teilnehmen können", so der Juso-Kreisvorsitzende Simon Özkeles.

„Das neue Gesetz setzt ein wichtiges Signal, allerdings ist die Arbeit damit noch lange nicht erledigt", gibt Özkeles zu bedenken. Jetzt ist das Land gefordert, eine auf Jugendliche ausgerichtete Kampagne zu starten, die über das neue Wahlrecht informiert. Die Jusos Kreis Biberach sind gerne bereit bei einer solchen Kampagne mitzuwirken. Auch die Schulen haben nun eine noch wichtigere Rolle, sie müssen den Jugendlichen die notwendige Grundlage zur politischen Entscheidungsfähigkeit mit auf den Weg zu geben. „Gleichzeitig müssen jugendpolitische Organe wie Jugendgemeinderäte, Jugendforen aber auch jugendpolitische Organisationen deutlich mehr Unterstützung von der Politik erhalten", führt der stellvertretende Kreisvorsitzende Stefan Gretzinger aus.

Biberach, den 14.04.2013 Simon Özkeles
Juso-Kreisvorsitzender Biberach

SPD-Ortsverein eröffnet Ausstellung über seine Geschichte

BIBERACH - Die Ausstellung „Geschichte der Biberacher Arbeiterbewegung und der SPD von den Anfängen bis heute“ wird eröffnet am Montag, 6. Mai 2013, um 18 Uhr im Biberacher Rathaus. Konzipiert wurde die Schau von einer kleinen Gruppe Biberacher Sozialdemokraten unter der Leitung des Historikers **Hartwig Abraham,** der schon Jahrzehnte an diesem Thema forscht und zusammen mit dem heutigen Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** 1999 ein Buch dazu herausbrachte. Ausserdem arbeitet er aus Anlass des Parteijubiläums in der Historikerkommission der Landes-SPD mit.

Nach der Begrüßung durch die stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Edith Tröndle-Masch wird Abraham am Eröffnungstag Interessierten die zwölf Ausstellungstafeln erläutern. "Leider bin ich selbst beruflich verhindert, habe aber die Schautafeln bereits gesehen und freue mich, dass die Ausstellung ab 6. Mai vier Wochen lang im Biberacher Rathausfoyer zu sehen sein und zeigen wird, was wir Sozialdemokraten auch hier im Oberschwäbischen geleistet und wie wir uns nie haben beirren lassen", erklärte der Biberacher SPD-Ortsvereinsvorsitzende Werner Drews.

29.04.2013 **Wolfgang Heinzel**
Pressearbeit SPD-Ortsverein Biberach

SPD Kreis Ravensburg

Politiker der Region Bodensee-Oberschwaben parteiübergreifend gegen Fracking

In seiner Sitzung am 17. April hat sich der Planungsausschuss des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben, in dem alle relevanten politischen Kräfte der Region vertreten sind, erneut einhellig gegen die Erdgasförderung durch das „Fracking“-Verfahren ausgesprochen. Der Regionalverband tritt für eine entsprechende Änderung des geltenden Bergbaurechts und anderer diesbezüglicher Rechtsnormen ein. Die Gesetzgebungskompetenz hierfür liegt beim Bund. Da das Gesetzgebungsverfahren voraussichtlich in der zu Ende gehenden Legislaturperiode nicht mehr abgeschlossen werden kann, tritt der Regionalverband für ein Moratorium ein, das die Erteilung von Konzessionen für den Zeitraum untersagt, bis dieses Gesetz in Kraft getreten ist.

Anlass sind drei großräumige Konzessionen, die das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) auf diesem Gebiet international tätigen Unternehmen erteilt hat: in den Gebieten Konstanz, Saulgau-Wangen und Biberach. Die Konzessionen beinhalten lediglich ein „Aufsuchungsrecht“. Für Probebohrungen oder gar eine Konzession für die Nutzung wären neben der bergrechtlichen Genehmigung weitere Genehmigungen auf der Grundlage des Wasserrechts, des Umweltrechts sowie des Natur- und Immissionsschutzes erforderlich. Der Regionalverband weist insbesondere auf die Schutzbedürftigkeit des Bodensees als Trinkwasserspeicher, aber auch auf die Erdbebengefährdung, sowie auf die Schutzbedürftigkeit des Grund- und Oberflächenwassers und der Heil- und Mineralquellen der betroffenen Gebiete hin.

Wie bekannt, geht es in diesem Verfahren um die Suche und Gewinnung von Erdgas, das im Erdboden in Wasser gelöst oder an Feststoffe gebunden vorliegt. Für eine Nutzung als Energieträger muss dieses Gas durch chemische Verfahren getrennt werden. Diese Verfahren sind mit erheblichen Umweltproblemen verbunden. Das Grundwasser kann mit den hochgiftigen Chemikalien verseucht werden, das Erdgas kann sich mit dem Trinkwasser vermischen.

Bereits am 9.12.2011 hat der Verband ein generelles Verbot von Fracking in Deutschland gefordert und diesen Beschluss seither mehrfach bekräftigt. Gestützt auf diesen Beschluss hat der Verbandsvorsitzende Hermann Vogler den damaligen Bundesumweltminister Norbert Röttgen und Landesumweltminister Franz Untersteller dazu aufgefordert, sich für ein Fracking-Verbot in ganz Deutschland einzusetzen. Beide Ministerien haben inzwischen geantwortet. Der Landesumweltminister sieht dieses Verfahren wegen der Umweltrisiken sehr kritisch. Es verweist auf die bereits vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen, die diesem Verfahren entgegenstehen. Er verweist weiter auf zwei laufende Studien des Landes NRW und des Bundesumweltministeriums über Risiken

des Fracking, die Anlass für weitere politische Maßnahmen geben könnten. Im gleichen Sinne hat sich auch das Bundesumweltministerium geäußert.

Diese nunmehr vorliegenden Gutachten kommen allerdings beide zu dem Ergebnis, dass bei heutiger Datenlage eine abschließende Beurteilung der Risiken des Frackings nicht möglich sei. Die derzeit in der parlamentarisch-politischen Beratung befindlichen Entwürfe der Bundesregierung zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes und des Bergbaurechts enthalten zwar eine wesentliche Verschärfung der Auflagen, würden das Fracking jedoch unter diesen strengen Auflagen zulassen. Diese Entwürfe werden vom Regionalverband als nicht ausreichend betrachtet. Es bleiben für die Region Bodensee-Oberschwaben wesentliche Aspekte unberücksichtigt: eine Aussage zum Schutz des Bodensees als Trinkwasserspeicher, eine Aussage zum Schutz des langfristigen Trinkwasserschutzes, Aussagen zum Schutz der Heilquellen, Thermalquellen und Mineralwasservorkommen, die Verpflichtung zur Offenlegung der verwendeten Chemikalien. Der Regionalverband wird den Abgeordneten unserer Region diese spezifischen Belange detailliert vorlegen.

21.04.2013 **Peter Didszun**

Zukunft mit Vergangenheit

SPD-Kreisverband Ravensburg begeht „150 Jahre SPD“

Mit einem Festakt am 26. Mai in Weingarten begehen die Sozialdemokraten in Kreis Ravensburg den 150. Jahrestag ihrer Partei. Dies geht aus einer Pressemitteilung des Kreisverbands hervor. Die Kreis-SPD nimmt, so die Pressemitteilung weiter, das Jubiläum zum Anlass, sich auch speziell mit der Geschichte der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung in Oberschwaben zu beschäftigen. Die Veranstaltung findet vormittags im Kornhaussaal und nachmittags im Museum „Schlössle“ statt. Mit dieser Veranstaltung will die Kreis-SPD nicht nur ihre Mitglieder und Anhänger, sondern auch politisch und regionalgeschichtlich interessierte Bürger ansprechen.

In seinem Festvortrag wird Prof. Dr. Wolfgang Marcus an ein dunkles Kapitel unserer deutschen Geschichte erinnern, deren Aufarbeitung bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Er wird den Spuren der Verfolgung von Sozialisten durch das Nazi-Regime in Oberschwaben nachgehen. Zuvor wird der Bundestagskandidat der SPD, Hannes Munzinger, über seine Vorstellungen von einer Sozialdemokratie sprechen, die sich auf Augenhöhe mit der Gegenwart befindet und Antworten auf die Fragen der Zukunft geben kann.
Im Mittelpunkt des Nachmittags steht die Eröffnung einer Wanderausstellung „150 Jahre SPD“, die bis zum 2.6. im „Schlössle“ gezeigt wird. Der frühere Bundestagsabgeordnete und derzeitige Kreisrat Rudolf Bindig wird die Eröffnungsrede halten. Begleitend zur Ausstellung wird ein Video zur Geschichte der Partei gezeigt.

Zwei langjährige Vertreter der oberschwäbischen SPD, der frühere Stadtrat Günther Biegert und Bodo Rudolf, der bereits mit mehreren Arbeiten schriftstellerisch an die Öffentlichkeit getreten ist, haben sich mit der Geschichte der Sozialdemokratie in unserer Region befasst. Biegert zeichnet die Linien nach, die von der Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ – so der ursprüngliche Name der SPD - im Mai 1863 in Leipzig zur Gründung des Ortsvereins Ravensburg im Jahre 1870 geführt haben. Bodo Rudolf lässt Persönlichkeiten zu Wort kommen, die die SPD der Region seit 1945 geprägt haben, und portraitiert die Ortsvereine im Kreisgebiet. Er lässt die Leser damit teilnehmen an der Ausgrenzung einer Partei, die sich im restaurativen politischen Klima Oberschwabens nach dem Kriege für die Emanzipation der unterprivilegierten Schichten eingesetzt hat. Beide Aufsätze sind in einem Buch zur Geschichte der SPD enthalten, das auf dem Festakt vorgestellt wird.

Ravensburg, 29.4.2013 **Peter Didszun**

SPD-Hochburg Isny feiert 100jähriges Bestehen

Viel Parteiprominenz war in die Allgäu-Stadt Isny gekommen, wo die örtliche SPD schon stolze 100 Jahre auf dem Buckel hat. Sehenswert ist die Ausstellung mit vielen anschaulichen Impressionen aus der Zeitgeschichte, mit SPD-Wahlplakaten aus der Weimarer Zeit und natürlich auch etlichen Text- und Bilddarstellungen zur örtlichen Parteiarbeit am Fuße des Schwarzen Grates. 85 Mitglieder zählt der Isnyer Ortsverein mit seinen profilierten Urgesteinen Hans Pscheidl und Walter Bühler, die beim Aufbau der Ausstellung handwerklich

geschickt selbst mit Hand anlegen. Zwei Wünsche hat der Ortsvereinsvorsitzende für die nahe Zukunft: „Wir wollen das hundertste OV-Mitglied feiern, und: wir brauchen in Isny eine Juso-Gruppe!“ Schon 1946 besetzten die „Roten“ im Isnyer Gemeinderat vier von 10 Sitzen. Hans Pscheidl war von 1965 bis 1994 Gemeinderat und 24 Jahre lang Kreisrat. Walter Bühler, 20 Jahre lang Ortsvereinsvorsitzender, saß von 1965 bis 1989 am Ratstisch, gefolgt von 9 Jahren Engagement im Kreistag.

„Soziales Engagement mit dem Umweltschutz verbinden“, beschreibt Otto Ziegler das Selbstverständnis der Isnyer Sozialdemokraten, die schon nach dem 1.Weltkrieg 80 Mitglieder zählten, ehe der Ortsverein dann 1933 von den Nazis aufgelöst worden waren. Im Sitzungssaal des Rathauses ging dann die eindrucksvolle Jubiläumsfeier über die Bühne, mit den Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis** und **Martin Gerster**, dem Bundestagskandidaten Hannes **Munzinger** und eine ganze Reihe weiterer Sozialdemokraten, die vom Mittleren Schussental nach Isny angereist waren. Im restlos gefüllten Festsaal trat dann der Ulmer Oberbürgermeister **Ivo Gönner** ans Rednerpult. Er ging gerne auf die historischen Gemeinsamkeiten zwischen den beiden früheren freien Reichsstädten Isny und Ulm ein, und auf die wechselseitige Unterstützung bei Brandkatastrophen in beiden Städten „Für Isny und Oberschwaben gute Zukunft-gute SPD“ formulierte das Ulmer Stadtoberhaupt die Überschrift über seinen launigen und mitunter recht augenzwinkernd dargebotenen Vortrag. Er spannte dabei einen brillianten Bogen von der Aufbruchstimmung in der Arbeiterbewegung im 19.Jahrhundert bis hin zu aktuellen Herausforderungen in der Gesellschaftspolitik. Und immer ging es und geht es um Freiheit, Gerechtigkeit, Integration, um allerhand sozialpolitische Anliegen und Aufgaben.

Nach dem musikalischen Intermezzo des Duos“ Der dritte Mann“ wurden Walter Bühler, Erhard Wohlleben und Hans Pscheidl für ihre 50jährige Mitgliedschaft in der Partei geehrt, Günther Hirsch für seine 40jährige Parteizugehörigkeit und das Damen-Trio Christiane Kurz, Renate Schulz und Heidemarie Jensch für 25 Jahre in der SPD. „Wir freuen uns mit euch über eure Beharrlichkeit und Treue zur Sozialdemokratie“, lobten auch ein paar Genossen aus den Nachbar-Ortsvereinen Lindau und Lindenberg, die ebenfalls nach Isny gekommen waren. In den kommenden Monaten spricht der Ravensburger SPD-Bundestagskandidat Hannes Munzinger um 14.30 Uhr mit den SPD-nahen Seniorinnen und Senioren in Isny, am 6. Juli steigt um 14.30 Uhr das traditionelle Sommerfest der Isnyer SPD im Kurpark. Am 9. Juli referiert die Abgeordnete Hilde Mattheis (19.30 Uhr) zur Reform der Pflegeversicherung beim Isnyer SPD-Ortsverein.

W.Bernhard

Bild: Isny´s Bürgermeister Magenreuter mit dem Ulmer OB Ivo Gönner bei der Feierstunde in Isny W. B.

SPD Kreis Ulm
Alb-Donau Kreis
MdB Hilde Mattheis

Weltbürger in Ulm

Bundestagsmitglied Hilde Mattheis unterstützt AFS bei der Suche nach weltoffenen Gastfamilien in Ulm. Interessierte Familien, die ab September 2013 einen internationalen Austauschschüler für ein Schuljahr aufnehmen möchten, können sich ab sofort anmelden.

Ulm, April 2013. Ein Schüleraustausch in Deutschland - davon träumen bei der gemeinnützigen Jugendaustauschorganisation AFS jährlich rund 800 Jugendliche aus über 50 Ländern. Für ein halbes oder ganzes Schuljahr möchten die 15- bis 18-Jährigen die deutsche Kultur erleben, Deutsch lernen und ihrer zweiten Familie auf Zeit ihr Heimatland näherbringen. „Ein interkultureller Austausch ist für Gastschüler und Gastfamilie gleichermaßen ein intensives Erlebnis, aus dem beide Seiten als echte Weltbürger mit einem tiefen Verständnis für die jeweils andere Kultur hervorgehen“, bekräftigt Bundestagsmitglied **Hilde Mattheis**.

Gemeinsam mit AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. sucht die Abgeordnete für den Kreis Ulm ab sofort nach weltoffenen Gastfamilien in der Region, die ihren Alltag ab Sep-

tember 2013 für ein Schuljahr mit einem Austauschschüler teilen. „Gastfamilien heißen nicht nur eine fremde Kultur im eigenen Zuhause willkommen, sie nehmen auch an der persönlichen Entwicklung ihres internationalen Gastkindes teil. Durch das gemeinsame Jahr entstehen so oft weltweite Freundschaften“, unterstützt **Mattheis** die Idee des Gastfamilienprogramms von AFS.
Interessierte Familien können sich jetzt für das AFS-Gastfamilienprogramm bewerben. Auch alleinerziehende Elternteile oder Paare ohne Kinder sind sehr willkommen. Wichtig sind Offenheit, Flexibilität und das Interesse an anderen Kulturen. Während des Aufenthalts werden die Familien von ehren- und hauptamtlichen AFS-Mitarbeitern in der Region unterstützt. Weitere Informationen gibt es bei AFS unter der Telefonnummer 040 399222-90, per E-Mail an gastfamilie@afs.org oder im Internet unter
www.afs.de/gastfamilie

Über AFS Interkulturelle Begegnungen e.V.
AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. ist ein gemeinnütziger Verein für Jugendaustausch und interkulturelles Lernen. Die Organisation arbeitet ehrenamtlich basiert und ist Träger der freien Jugendhilfe. Das Ziel von AFS ist es, die Entwicklung von interkulturellen Kompetenzen zu fördern und so die weltweite Toleranz und Völkerverständigung zu unterstützen. Die von AFS entwickelten und durchgeführten Programme wurden von den Vereinten Nationen ausgezeichnet. Neben dem Schüleraustausch und Gastfamilienprogramm bietet AFS die Teilnahme an Freiwilligendiensten sowie interkulturelle Trainingsmaßnahmen an. Der Verein zählt fast 4.500 Mitglieder und arbeitet mit gleichberechtigten Partnern in rund 50 Ländern auf allen Kontinenten zusammen. AFS beschäftigt rund 100 hauptamtliche Mitarbeiter in der Geschäftsstelle in Hamburg sowie in vier Regionalbüros. Circa 3.800 ehrenamtliche Mitarbeiter engagieren sich deutschlandweit für AFS.
Ulm, 11.04.2013 **Büro Hilde Mattheis, MdB**

Wieczorek-Zeul diskutiert Wege zum Frieden in Nahost

„Frieden in Nahost – aber wie?“, so lautet der Titel einer Diskussionsrunde am **Donnerstag, 2. Mai ab 18:30 im Ratskeller Ulm.** Die ehemalige Bundesministerin **Heidemarie Wieczorek-Zeul** diskutiert auf Einladung der Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis** mit Interessierten über das Ziel einer **Zwei-Staaten-Lösung.**

Wie kann der Friedensprozess unterstützt werden? Welche Rolle spielt die staatliche Anerkennung Palästinas vor den Vereinten Nationen? Welche Auswirkungen haben die kürzlich stattgefundenen Wahlen in Israel? Nach dem Eingangsreferat von Wieczorek-Zeul moderiert Mattheis die Diskussion über Frieden und Sicherheit im Nahen Osten mit den Anwesenden. Die Veranstaltung ist offen für alle Interessierte, der Eintritt ist frei.
Ulm, 23.04.2013 **Büro Hilde Mattheis, MdB**

Gute Pflege spart den Kommunen Geld!

Am 22. April 2013 fand die Konferenz „Pflegefreundliche Kommune – Gute Pflege rechnet sich“ im Deutschen Bundestag statt. Die Konferenz hat für Hilde Mattheis vor allem eins gezeigt: „Kommunen können durch den Ausbau der kommunalen Pflegeinfrastruktur viel Geld sparen“.

Die Referenten aus der Kommunal- und Pflegepolitik zeigten auf, dass durch den demografischen Wandel in Zukunft sehr hohe Kosten zur Versorgung der Pflegebedürftigen auf die Kommunen zu kommen. Eine frühzeitige Umsteuerung weg von der Unterbringung in Heimen und hin zu einer längeren Versorgung von Pflegebedürftigen in der eigenen Häuslichkeit, entspricht nicht nur dem Wunsch der meisten Pflegebedürftigen, sondern „rechnet“ sich auch für die Kommunen. Seit Jahren steigen für die Kommunen die Kosten der „Hilfe zur Pflege“, die gezahlt werden müssen, wenn der Heimplatz von dem Pflegebedürftigen oder den Angehörigen nicht selbst finanziert werden kann.

Dass eine frühzeitige Umsteuerung sich lohnt, zeigte das Praxisbeispiel aus dem Landkreis Siegen-Wittgenstein. Der Landkreis hat mit seiner „Zukunftsinitiative Siegen-Wittgenstein 2020 - Leben und Wohnen im Alter-“ eine umfassende Pflegeplanung in Gang gebracht, die durch den Ausbau von Pflegeinfrastruktur die Anzahl der Heimplätze in den letzten Jahren deutlich reduziert und damit bereits jetzt hohe Kosten vermieden hat. „Die Kommunen müssen jetzt umsteuern“, sagt **Hilde Mattheis** abschließend.
Berlin, den 24. 04. 2013 **Büro Hilde Mattheis, MdB**

Mieterhöhungen müssen gesetzlich gedrosselt werden!

Zu dem heute in Kraft getretenen Mietrechtsänderungsgesetz der Bundesregierung erklärt die Ulmer Abgeordnete **Hilde Mattheis**:

„Das Mietrechtsänderungsgesetz der Bundesregierung hilft den Mieterinnen und Mietern in Ulm und Umgebung nicht weiter. Im Gegenteil: Es gibt keinen Vorschlag von der Bundesregierung zur dringend benötigten Begrenzung von Mietenerhöhungen bei Neuvermietungen“, sagt Hilde Mattheis. Zudem bleibt die Umlagefähigkeit von Modernisierungskosten bei 11 Prozent bestehen. Die Kosten der energetischen Sanierungen werden damit auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt.

Die Probleme der Verdrängung von Mieterinnen und Mietern aus den angestammten Stadtteilen löst das Gesetz nicht. Bei Neuvermietungen können weiterhin ohne Begrenzung höhere Mieten verlangt werden, was in die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmieten einfließt und damit zu Mietsteigerungen führt.

„Mieterhöhungen müssen gesetzlich gedrosselt und Kosten der Gebäudesanierung nicht allein den Mieterinnen und Mietern aufgebürdet werden, “ fordert **Hilde Mattheis** abschließend.

02.05.2013 **Hilde Mattheis, MdB**

Den Menschen vor Ort soll es besser gehen - Mattheis tritt auf Parteitag für soziale Gerechtigkeit ein

Beim Bundesparteitag der SPD am Sonntag in Augsburg lautete das Fazit: Nur wenn es gerecht zugeht in der Gesellschaft, wird Deutschland dauerhaft auch wirtschaftlich erfolgreich bleiben. **Hilde Mattheis**, Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Bundesvorstand, lobt die Neuausrichtung ihrer Partei: "Es ist ein guter Programmentwurf für die SPD als linke Volkspartei geworden."

In der Region Ulm gebe es viel zu tun für mehr soziale Gerechtigkeit, teilte Mattheis mit, denn auch im relativ prosperierenden Südwesten merke man die Auswirkungen und Nöte der Menschen: "Entlassungen wie bei Schlecker, eine sehr angespannte Situation in Kliniken wie dem RKU, Probleme bei Ausbildungsplatzsuche und beruflicher Weiterbildung, eine oft herausfordernde Pflegesituation in der Familie sind Anliegen, die wir mit unserem Regierungsprogramm angehen". So enthalte das Regierungsprogramm beispielsweise Vorschläge zur Bekämpfung von prekärer Beschäftigung genauso wie für eine verlässliche Krankenhausfinanzierung oder eine Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher. "Das ist es, worum es uns mit dem Programm geht: dass es den Menschen an jedem Ort besser geht", überträgt Mattheis ihr politisches Geschäft auf den Alltag der Menschen.

Die SPD kämpfe schon seit 150 Jahren für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit und werde dies auch in Zukunft weiter tun: "Die SPD muss den Menschen glaubhaft vermitteln, dass sie die Partei des sozialen Aufstiegs ist", so **Mattheis** abschließen

Berlin, 15.04.2013 **Büro Hilde Mattheis, MdB**

Hilde Mattheis sagt „Danke“ an Pflegende und Erziehende

„Menschen, die mit der Kraft ihrer Hände und Herzen dafür sorgen, dass Kinder und Pflegebedürftige sich wohl fühlen können, müssen die ihnen zustehende Anerkennung erhalten“, fordert die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis. Am 12. Mai findet der Internationale Tag der Pflegenden und am 13. Mai der Tag der Kinderbetreuung statt. Für Mattheis Anlass, auf deren „unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft“ aufmerksam zu machen.

Hunderte Menschen engagieren sich jeden Tag in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis, sei es als Erzieherinnen, Pfleger, Tagesmütter oder Heilerziehende. Sie sorgen dafür, dass Kinder zum Spielen mit Gleichaltrigen zusammen kommen, Pflegebedürftige gesundheitlich versorgt und individuell betreut werden, Eltern und Angehörige ihren Beruf und Familie vereinbaren können.
Zwar würden die Pflege- und Erzieherberufe von der Bevölkerung sehr geschätzt. Doch obwohl ihr Arbeitsalltag häufig von großer körperlicher und mentaler Belastung geprägt sei, bilde ihr Einkommen ihre Leistung und hohe gesellschaftliche Bedeutung noch immer in keiner Weise ab, kritisierte die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. „Ich trete dafür ein, dass dem Dienst am Menschen

endlich die Anerkennung zuteil wird, die er verdient“.

Ulm, 11. Mai 2013 **Büro Hilde Mattheis, MdB**

BayernSPD

SPD Kreisverband Lindau

Ehrung von Leo Wiedemann, SPD Lindenberg im Allgäu

Im Jahr des 150jährigen Parteijubiläums ehren die SPD-Untergliederungen besonders gerne Genossinnen und Genossen, die viele Jahre Mitgliedschaft in der Partei auf dem Buckel haben. Zu ihnen gehört **Leo Wiedemann**. Wer kennt ihn (noch) nicht? Im Allgäu diesseits und jenseits der Argen ist er wohlbekannt, und darüber hinaus auch noch in der SPD im Bezirk Schwaben im Freistaat Bayern. Die SPD hat ihn jetzt für seine 50jährige Mitgliedschaft geehrt. Der Rote Seehas kennt ihn unter Anderem persönlich als Mitreisender bei einer gemeinsamen Fahrt der Europaunion Lindau ins Nachbarland Polen, nach Krakau, Belchatow, Lodz und Danzig vor einigen Jahren. Leo Wiedemann war viele Jahre herausragendes Mitglied im früheren „Parteirat“ der Bundes-SPD. Dieses Gremium ist vom Bundesparteitag im Dezember 2011 im Rahmen der Parteireform abgeschafft worden zugunsten eines anderen Gremiums.

Die frühesten Aktivitäten von ihm reichen bis in das Jahr 1970 zurück. In seiner Laudatio würdigte Hermann Dorfmüller (Lindau) jetzt Leo Wiedemann als „versierten Organisator“, den eine große Beharrlichkeit auszeichne, bei allen Projekten und Initiativen im Rahmen seiner politischen Arbeit. Als 1970 in Bayern eine Volksabstimmung für die Absenkung des Wahlalters auf 18 Jahre erfolgreich verlaufen war, mussten im Freistaat die Nominierungen zur Landtagswahl teilweise wiederholt werden. Der Kreisverband Lindau hatte schon Rolf Fackelmayer aus Lindau aufgestellt. Doch die Jusos brachten es auf Betreiben von Leo Wiedemann fertig, dass jetzt Günter Wirth auf den Schild gehoben wurde, Mitglied des Bezirksvorstandes der südbayrischen Jusos und bereits Stadtrat in Kempten. Die Jusos hatten damals viel Power und Phantasie für einen erlebnisreichen Wahlkampf einschließlich einer Bodensee-Schifffahrt mit Kapitän Kubas, den Lindauer Genossen noch sehr gut in Erinnerung. Die Pointe bei diesem Abenteuer: Die Jusos schafften es tatsächlich, ihren Kandidaten in der pechschwarzen Allgäuer SPD-Diaspora ins Maximilianeum in München, also in den bayrischen Landtag zu bringen. In Bayern werden bei Landtagswahlen Erst- und Zweitstimmen zusammengezählt und dann die Landtagsmandate an die Parteien vergeben. Als Leo Wiedemann am Wahlabend in München, in der SPD-Landesgeschäftsstelle anrief und erfahren wollte, ob Günter Wirth es geschafft habe, reagierten die Sekretäre erst einmal mit schallendem Gelächter. Ein SPD-Abgeordneter von der CSU-Hochburg Lindau/Allgäu? Das gibt es nicht! Träumt weiter! Doch dann hat es sich herausgestellt, dass der Zweitstimmenwahlkampf der Jusos im Allgäu tatsächlich dazu führte, dass es Günter Wirth gerade noch reichte und er in den Landtag einziehen konnte, besonders mit Hilfe der Zweitstimmenkampagne in Kempten.

von links: Leo Wiedemann, Dagmar Nölte, MdL Harald Güller, Hermann Dorfmüller
Foto: W. Bernhard

Der Postmann Leo Wiedemann nutzte in den kommenden Jahren sehr häufig seinen Telefonapparat, um viele prominenten linken Sozialdemokraten in den Stimmkreis Lindau zu holen: Rudi Schöfberger, Carmen König, Hans Kolo, Joachim Schmolcke, Jochen Steffen. Nach Günter Wirth hatte Leo Wiedemann nochmals Erfolg: Er machte Eduard Leifert zum Bürgermeister in der Stadt Lindenberg. Dieser wurde in den 90er Jahren auch noch zum Landrat im Kreis Lindau gewählt. In den 80er Jahren entwickelte Leo Wiedemann ein neues sehr erfolgreiches Projekt. Um prominente Sozialdemokraten ins Allgäu zu locken, vor allem solche, die wie Dieter Lattmann gerne gegen den Strom, gegen das herrschende SPD-Mainstreaming politisiert haben, rief er den **„Sozialistenhut“** ins Leben, passend zu der Tradition des Hutmacher-Handwerks in Lindenberg, wo einst während der Sozialis-

tenverfolgung unter Bismarck 1875-1890 der schwarze breitkrempige Hut das Erkennungsmerkmal der Aktivisten in der Arbeiterbewegung im Allgäu geworden war. Alljährlich wird ein neuer Hutträger, eine neue Hutträgerin, feierlich geehrt und mit dem Sozialistenhut ausgezeichnet. Und die Laudatio hält traditionell: die geehrte Hutträgerin, der Hutträger vom Vorjahr. In diesem Jahr trägt der Nürnberger **Oberbürgermeister** Maly die Laudatio vor für wen? Für Dr. Christian Pfeiffer, den bekannten Hannoveraner Kriminologen. Eigentlich eine super Idee, wo sonst – in anderen Regionen der SPD in süddeutschen Gefilden- etwas Ratlosigkeit herrscht, wie man regelmäßig gute Veranstaltungen mit prominenten Gastredner/innen organisieren kann, mit Ausnahme etwa des Politischen Martini in Wolfegg und Laupheim oder der Friedrich-Hecker-Hut-Verleihung bei der Kreis-SPD Konstanz. Einer der Sozialistenhut-Träger war der jüngst verstorbene prominente Sozialdemokrat Ottmar Schreiner vom Saarland. Der Rote Seehas war bei dessen Hutverleihung im Löwen-Saal in Lindenberg selber mit dabei.

Hermann Dorfmüller beendete seine **Laudatio mit der Bitte:** „Lieber Leo, deiner **Beharrlichkeit** verdankt die SPD nicht nur in Lindenberg unheimlich viel. Bewahre sie dir und pass auf, dass du in deiner Partei keine Teflon-Haut bekommst……!“

Die SPD-Kreisvorsitzende Dagmar Nölte, eine Berlinerin, überreichte Leo Wiedemann nebst Urkunde auch den Ehrenbrief des SPD-Parteivorstandes und eine Jubiläumstasse zur 150-jährigen Geschichte der SPD. Für 50 Jahre sind außerdem geehrt worden: Erwin Haug und Hans Schramm. Für 40 Jahre Mitgliedschaft: Erwin Engel, Erika Brunner, Helmut Brunner, Helmut Maier, Oskar Mansch, Hans Jürgen Koch, Karl-Heinz Schorrer. Der Augsburger SPD-Landtagsabgeordnete Harald Güller würdigte seinerseits die vielfältigen Verdienste von Leo Wiedemann und seine ehrenamtlichen Funktionen für die Parteibasis im Allgäu und im gesamten SPD-Bezirk Schwaben.

W.Bernhard

frauenmuseum kunst, kultur forschung e.V.

www.frauenmuseum.de

„Schwestern zur Sonne zur Gleichheit“

Geschichte der SPD-Frauenpolitik

Das Bonner Frauenmuseum präsentiert vom 28. Mai bis 21. Juli 2013 die Geschichte der SPD-Frauen anlässlich des 150. Parteijubiläums. Neben Text-Bild-Elementen werden in der Ausstellung historische Plakate zur SPD-Frauenpolitik gezeigt sowie Karikaturen, Autogrammkarten und originelle Reminiszenzen von einzelnen Politikerinnen. Es wird ein Bogen von den ersten politischen Frauenrechten über den langen Kampf gegen den § 218 bis zur heute propagierten Chancengleichheit gespannt. 29 SPD-Politikerinnen werden vorgestellt, darunter die Parteitheoretikerin Rosa Luxemburg, die Gründerin der AWO Marie Juchacz, die Widerstandskämpferin Johanna Kirchner, die Juristin Elisabeth Selbert, die für die Gleichberechtigung im Grundgesetz kämpfte. Einige hatten als erste Frauen bedeutende politische Funktionen inne, wie die Ministerin Martha Fuchs, die Oberbürgermeisterin Luise Schroeder, die Präsidentin des Bundestags Annemarie Renger, die Ministerpräsidentin Heide Simonis und Jutta Limbach, die erste Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts.

Die Geschichte der SPD-Frauen zeigt, wie beharrlich Frauen ihr Vorwärtskommen in der Politik und ihre Einflussnahme auf das öffentliche Leben erkämpft haben. 1863 durften Frauen bei der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die als Geburtsstunde der SPD gilt, nicht mitwirken. Nachdem Reichskanzler Bismarck die führenden SPD-Politiker aus dem Deutschen Reich ausgewiesen hatte, änderte sich dies schlagartig: Die Parteileitung übertrug die Kasse der Solidaritätsgelder den Ehefrauen. Die Geschäftsführung übernahm Julie Bebel. Sie trug dazu bei, dass die Parteigremien trotz Illegalität ihre Arbeit fortsetzen konnten. Das Vereins- und Versammlungsrecht verbot Frauen fast im ganzen Deutschen Reich politische Tätigkeit. Doch nach einem Statut von 1890 konnten Frauen

inoffiziell Mitglieder in der SPD werden. Die SPD-Frauen verfügten seit 1891 über eine eigene Zeitschrift. Damit konnte die sozialistische Frauenbewegung schon früh auf Strukturen zurückgreifen, um die bürgerliche Frauen lange kämpfen mussten. Offiziell durften Frauen erst seit 1908 in politische Parteien eintreten.
Die SPD setzte sich im Laufe ihrer Geschichte immer wieder für die Rechte der Frauen ein. Erwähnenswert ist vor allem ihr Engagement für das Frauenwahlrecht. Auf diesem Gebiet leistete sie Pionierarbeit, allen voran August Bebel. Erwähnenswert ist Clara Zetkin, die sich auch mit sozialistischen Frauen aus anderen Ländern vernetzte. Auf ihre Initiative geht der Internationale Frauentag als gemeinsamer Kampftag, zunächst für das Frauenwahlrecht, zurück.
Mit der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen sah es nicht immer rosig aus. Zwar wurde schon 1908 festgelegt, dass die Frauen proportional zu ihrer Mitgliederzahl - aber mindestens mit einer Frau - im Parteivorstand vertreten sein sollten, aber dieser Proporz blieb nicht immer gewahrt. Die Diskussion um die innerparteiliche Gleichstellung mündete 1988 in eine Quotenregelung, dann rang sich die SPD auf Druck der ASF (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen) dazu durch, eine Geschlechterquote von mindestens 40% für alle Ämter und Mandate in ihr Statut aufzunehmen.
Seit den 60er Jahren gab es die ersten Bundesministerinnen, erstmals 1961 unter der CDU und ab 1966 bei der SPD während der Großen Koalition. Zunächst hatten die Frauen „nur" das Gesundheitsministerium, später kamen die Bereiche Familie und Jugend hinzu. Als einzige Frau im Kabinett hatten die meisten Ministerinnen keinen leichten Stand – besonders unter Helmut Schmidt, der sich nur peripher für ihr Ressort interessierte. Mehrere Ministerinnen schieden nach einer Legislaturperiode aus bzw. schmissen das Handtuch. Daher war es schwer, eine Nachfolgerin zu finden. Katharina Focke soll Bundeskanzler Schmidt 1976 empfohlen haben, einen Mann mit dem Ministerium zu besetzen, der sich vielleicht besser durchboxen könnte. Doch angeblich wollte kein Mann dieses Amt übernehmen.
Der Aufstand vor allem junger Frauen auf der Bundesfrauenkonferenz in Nürnberg 1970 markierte den Beginn einer eigenständigen Frauenpolitik innerhalb der SPD. Sie setzten sich in erster Linie für eine Reform des § 218, ein neues Eherecht, verbesserte Bildungschancen und die Eingliederung der Frauen in den Beruf ein. In jüngster Zeit stehen die Forderungen nach gleichem Lohn und die Besetzung von Schlüsselpositionen mit Frauen oben auf der Agenda.
Im Rahmen der Ausstellung werden auch sechs Künstlerinnen einen Beitrag leisten:
Maria Giménez und Angelika von Stocki präsentieren Portraits von renommierten SPD-Frauen. Gimenéz zeigt Ölgemälde von historischen Persönlichkeiten, von Stocki bearbeitet Fotos zeitgenössischer Politikerinnen. Tina Schwichtenberg reiht in ihrem „Roten Frauensalon" zehn Frauengestalten vor einem roten Teppich auf.
Die ca. 120 cm hohen, gedrungenen Figuren aus asphaltgrauem Kunststoff, mit eingeritzten Stigmata und roten wie schwarzen Farbflecken, sind in ein starres Korsett durch Schrauben eingezwängt. Befreien sie sich? Auf jeden Fall spiegeln sie die geballte Kraft des vermeintlich schwachen Geschlechts.
Marlies Obier installiert eine Klangstation. „Ins Freie. Blumen für Rosa Luxemburg" thematisiert die Gefängnisaufenthalte der Politikerin.

Marianne Pitzen stellt Skulpturen aus Zeitungspapier von Johanna Kinkel aus. Die frühe Demokratin und Frauenrechtlerin aus Bonn war um 1848 kulturell und politisch aktiv. Sie war die erste Redaktionsleiterin der „Neuen Bonner Zeitung". 1851 emigrierte Kinkel mit ihrer Familie nach London. Ulla Schenkel zeigt einen eigens für die Ausstellung produzierten Wandteppich. In den Teppich sind u. a. Textildrucke, Zitate, und Liedzeilen eingearbeitet. Die Künstlerin widmet ihn den politisch aktiven Frauen.

Es erscheint ein Katalog.
07.05.2013 **ASF@SPD.de**

Liebe Genossinnen, liebe Interessierte,
am 28. Mai 2013 wird in Bonn die Ausstellung des Frauenmuseums Bonn „Schwestern zur Sonne zur Gleichheit" eröffnet. Sie widmet sich der Geschichte der SPD-Frauenpolitik.

FÜHRUNGEN: Offene Termine jeden Sonntag um 14 Uhr, für Gruppen auch nach Vereinbarung.

Das könnte doch eine gute Gelegenheit sein, die Ausstellung mit einer ASF-Gruppe und anderen Interessierten zu besuchen (http://www.frauenmuseum.de/kontakt_fuehrungen.php)

Liebe Genossinnen und Genossen,

Das Jahr 2013 ist das Jahr der Jubiläen:

150 Jahre SPD und

100 Jahre Fahne des Ortsvereins.

Das feiern wir am

Mittwoch, den 15. Mai um 19.30 Uhr
im Evang. Heilig Geist Spital

(links neben der Stephanskirche)

Unser Festredner ist

der ehemalige Bayerische Juso-Vorsitzende,
Landtags- und Bundestagsabgeordnete
und SPD-Landesvorsitzende

Dr. Rudolf Schöfberger

Einige von Euch können sich noch an seine legendäre Bierfilzl-Rede im Schlechterbräu erinnern. Zunächst erkundigte er sich nach seinem Thema und notierte dann drei Begriffe:

Wirtschaftliche Macht - Soziale Macht - Politische Macht.

Danach hielt er eine über einstündige Rede, die ihm begeisterten Applaus einbrachte – und uns fünf neue Mitglieder. So viel Charisma verliert man nicht, auch wenn man inzwischen etwas älter geworden ist.

Freuen wir uns auf die Festrede eines ausgewiesenen Kenners der Bayerischen Geschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung. Wir freuen uns auf die erweiterte Auflage der Geschichte unseres Ortsvereins von Hermann Dorfmüller. Dabei wird auch die Geschichte unserer nunmehr 100 Jahre alten Fahne wieder lebendig, die in der NS-Zeit versteckt war.

Eine herzliche Einladung ergeht deshalb an die Mitglieder aus dem Ortsverein Lindau, an den Kreisverband und die benachbarten Ortsvereine aus Vorarlberg und der Schweiz!

Mit freundschaftlichen Grüßen

Winfried Hamann, V.i.S.d.P.
OV-Vorsitzender Lindau

LINDAU BODENSEE
SPD

Alle Europa-Freaks treffen sich in Lindau:

Grobes Europafest

am Sonntag, 9.Juni 2013

Um 14 Uhr in Lindau

am Rüberplatz in der

Ostecke des Hafens

(beim Hotel Reutemann)

Was ist geboten?

Tolle Musik-nette Leute-

Was zum Essen und zum

Trinken-gute Gespräche-

Seid alle willkommen!

V.i.S.d.P.: Winfried Hamann

Impressum

Herausgeber:

SBI, Sozialistische Bodensee-Internationale **Präsident: Fredi Alder**
E-Mail: fredialder@gmx.ch

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg **Tel.: 07532/313048**
E-Mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren **Tel.: 07542/20349**
E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB: hilde.mattheis.ma01@bundestag.de
Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB: hilde.mattheis@wk.bundestag.de
Evelyne Gebhardt, MdEP: EGebhardt.MdEP@t-online.de
Frederick Wunderle: egebhardt.mdep@t-online.de
Wolfgang Schreier: wmschreier@bluewin.ch
Büro Peter Simon, MdEP: peter.simon@europarl.europa.eu
Guido Berlinger-Bolt, polit. Sekretär: berlinger-bolt@sp-sg.ch
Peter Gubser: petergubser.arbon@bluewin.ch
SPÖ-Express:
Ländle Gerecht: laendle@spoe.at www.spoe.at
Wolfgang Heinzel, Büroleiter
Bürgerbüro Biberach: Wolf99maci@aol.com
Martin Gerster, MdB: martin.gerster@wk.bundestag.de
Alex Geisler: Alex.Geisler@gmx.de
Simon Özkeles,
Juso-Kreisvorsitzender Biberach: simon.oezkeles@gmx.de
Peter Didszun: peter.didszun@web.de
Frauenmuseum: ASF@SPD.de
Winfried Hamann,
Vorsitzender SPD-OV Lindau: winfried.hamann@spd-lindau.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder. Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König) roterseehas@kabelbw.de